Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH. Halle Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 10648 Fritz Kroh Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Dienstag, den 5. Januar 1926 | 6. Jahrgang ★ Nr. 3

Es muß gehandelt werden!

KPD. entschlossen, mit oder ohne SPD. und ADGB. den Volksentscheid für entschädigungslose Enteignung der Fürsten durchzuführen

Berlin, 5. Januar. Der „Montag Morgen" berichtet unter der Ueberschrift „Neue Aktion gegen die Fürstenabfindung", daß die Frage des Volksentscheids über die Fürstenabfindung, die in den letzten Wochen infolge der ablehnenden Haltung der Sozialdemokratie stagniere, im Laufe dieses Monats wieder akut werde, da, wie der „M. M." erfahre, die KPD. einen neuen Schritt bei der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften vorbereite, um sie für einen gemeinsamen Antrag zu gewinnen. Sollten SPD. und ADGB. ablehnen, so wäre die KPD. entschlossen, noch im Januar **allein bei der Reichsregierung den Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten einzubringen.**

Zu der Meldung des „Montag Morgen" haben wir folgendes zu erklären:

Der von der Kommunistischen Partei eingeleitete Kampf für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten hat weit über die Grenzen der Arbeiterschaft hinaus ein lebhaftes Echo gefunden. Nicht nur im Reichstag und in den einzelnen Landesparlamenten, sondern auch von vielen kommunalen Vertretungen liegen Anträge auf restlose Enteignung der Fürsten vor. Nicht nur die kommunistischen Arbeiter und die mit der KPD. sympathisierenden Schichten der werktätigen Bevölkerung haben sich mit diesen Anträgen einverstanden erklärt. Trotz der ablehnenden Haltung des sozialdemokratischen Parteivorstandes und der offensichtlichen Sabotage und Verwirrungsmanöver der sozialdemokratischen Presse haben sich in vielen Orten auch die sozialdemokratischen Arbeiter mit der Forderung der Kommunisten solidarisiert und dementsprechende Anträge an die sozialdemokratischen Parteiinstanzen gestellt. In unzähligen Gewerkschaftsversammlungen und Konferenzen haben kommunistische und sozialdemokratische Gewerkschafter gemeinsam beschlossen, für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten einzutreten. Unter dem Druck der täglich zunehmenden Massenbewegung gegen die Fürstenabfindung haben in verschiedenen Gemeindeparlamenten selbst bürgerliche Vertreter den von den Kommunisten eingebrachten Anträgen zugestimmt.

Die Kommunistische Partei wird trotz der öffentlichen Sabotage des SPD.-Parteivorstandes und des ADGB. fortfahren, die werktätigen Massen für den Kampf um die entschädigungslose Enteignung zu mobilisieren. Sie ist überzeugt davon, daß die sozialdemokratischen Arbeiter, wie auch die kleinbürgerlichen Schichten, die sich bereits für die Anträge der Kommunisten entschieden haben, die Partei in diesem Kampfe weiter unterstützen werden.

Die Kommunistische Partei würde es begrüßen, wenn die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften doch noch in letzter Stunde geschlossen für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten eintreten würden. Die Tatsache, daß die Frage der Fürstenabfindung auf der Grundlage einer Entschädigung (!) angesichts der ungeheuren Notlage des werktätigen Volkes, insbesondere des Millionenheeres der Erwerbslosen, geregelt werden soll, wie es die Anträge der SPD. und der Demokraten vorsehen, erfordert gebieterisch sofortiges und schnelles Handeln.

Aus diesem Grunde wird die Kommunistische Partei das Volksbegehren beantragen und die dazu notwendigen Vorbereitungen einleiten in der festen Zuversicht, daß sie von den Millionen der werktätigen Bevölkerung aktive Unterstützung erhalten wird.

*

Als Ergänzung zu den Mitteilungen des „Montag Morgen" meldet die Berliner „Welt am Abend", daß bereits **am morgigen 6. Januar Verhandlungen über eine gemeinsame Aktion der verschiedensten Organisationen und Verbände zur Herbeiführung eines Volksentscheides in der Frage der Fürstenabfindung stattfinden werden.** Ein „vorläufiger Ausschuß zur Regelung der Fürstenabfindung" hat die Vertreter aller Organisationen zu dieser Konferenz eingeladen. In dieser Sitzung, so sagt die „Welt am Abend", wird **die Entscheidung fallen,** da selbst der vorläufige Ausschuß zugibt, daß **endlich gehandelt werden muß, wenn die Angelegenheit nicht wieder versacken soll.** Auch die „Welt am Abend" stellt fest, daß, wenn die an den Verhandlungen beteiligten Organisationen zu keiner endgültigen Entscheidung kommen werden, **dann die Kommunistische Partei von sich aus bei dem Reichsministerium des Innern die Einleitung der ersten Schritte in Richtung eines Volksentscheides für die Enteignung der Fürsten einleiten wird.**

Man muß zu diesen Verhandlungen klar aussprechen, was ist: Die bisherige Ablehnung der ganz konkreten Vorschläge der Kommunistischen Partei durch SPD. und ADGB. und selbstverständlich auch durch die bürgerlichen Demokraten, ist darauf zurückzuführen, daß diese Organisationen **zwar gegen die übermäßigen Forderungen der Fürsten sind, daß sie aber eine Abfindung, d. h. doch bestimmte Zuwendungen an die Fürsten, wollen.** Demgegenüber allerdings steht die KPD. fest und unerschütterlich auf dem Standpunkt, daß **die Fürsten auch nicht einen einzigen Pfennig zu beanspruchen haben, daß sie vielmehr froh sein sollten, überhaupt den Kopf behalten zu haben.** Die Parole der KPD. ist:

Keine Fürstenabfindung, sondern restlose und entschädigungslose Enteignung der Fürsten.

Dafür allein wird die KPD. kämpfen, dafür allein wird sie die Durchführung eines Volksentscheids organisieren.

Der Haushaltplan der Braun-Severing für das Jahr 1926

Ein lehrreiches Kapitel für sozialdemokratische Arbeiter

Von der preußischen Landtagsfraktion der KPD. wird **uns** geschrieben:

Auch der seit einigen Tagen in Druck vorliegende **Haushaltplan des preußischen Staates für das Rechnungsjahr 1926** bestätigt aufs neue, daß die SPD. selbst dort, wo sie die größte und einflußreichste Regierungspartei darstellt, nicht daran denkt, ihren Einfluß im Sinne sozialer Gestaltung und politischen Fortschritts auf den Etat geltend zu machen. Zum Verzicht auf sozialistische Prinzipien gesellt sich, als Folge der Koalitionspolitik, der Verzicht **auf** soziale Forderungen und Maßnahmen.

Die sozialdemokratischen Führer werden nicht müde, immer wieder zu versichern, daß die jetzige Preußenregierung die „Verkörperung sozialen und kulturellen Fortschrittes" darstelle, daß **Preußen** innerhalb der Reaktion in Deutschland **das republikanische Eiland der Arbeiterwohlfahrt** und politischer Freiheit bilde. Infolgedessen, so ist die Logik der SPD. und ihrer Organe, habe das Proletariat an dem **Bestehenbleiben der jetzigen Regierungskoalition mit den bürgerlichen Parteien** ein Interesse.

Der preußische Haushalt beweist jedoch dem Proletariat etwas anderes. Statt den dringendsten Bedürfnissen der Millionen Unbemittelter und Verarmter gerecht zu werden, statt den Gesamthaushalt, wenn nicht auf die Ueberwindung, so doch auf die Linderung der ungeheuren Not einzustellen, zeigt der Etat auch für 1926, **in welch skrupelloser Art die Bourgeoisie die öffentlichen Gelder, die Steuergroschen für ihre Bedürfnisse an sich reißt.**

Der preußische Etat für 1926 balanciert mit 3 322 351 679 Mark gegen 3 277 096 744 Mark des Vorjahres. Die Haupteinnahmen beruhen auf den Anteilen der Reichseinkommensteuer, der Umsatzsteuer und der Hauszinssteuer einschließlich der Grundvermögenssteuer, erst dann kommen die Verwaltungs- und Betriebseinnahmen. Preußens Anteil an der Reichseinkommensteuer, die bekanntlich zu 75 Prozent dem Lohnsteuerraub entstammt, ist auf **945 Millionen** veranschlagt, während der Anteil an der **Umsatzsteuer mit 270 Millionen** angesetzt ist. Noch höher als die Ausplünderung durch den Lohnabzug (Einkommensteuer) ist die Auspressung der preußischen Bevölkerung durch die Hauszinssteuer, die unter dem harmlosen Namen „Gebäudeentschuldungssteuer" **mit 960 Millionen (!)** angesetzt ist. Für den eigentlichen Wohnungsbau sind sage und schreibe 360 Millionen bestimmt worden, während **fast zwei Drittel hauptsächlich zur Finanzierung der Bedürfnisse des bürgerlichen Klassenstaates** herhalten müssen. In diesem Zusammenhang ist auch noch auf die ebenfalls auf die Mieter abzuwälzende Steuer vom Grundvermögen hinzuweisen, die 200 Millionen Ertrag bringen soll.

Die Preußische Klassenjustiz erfordert in diesem Jahre statt 268 Millionen einen Betrag von 316 Millionen, also einen Mehrbetrag von 48 Millionen Mark.

Die Einnahmen sind durch höhere Geldstrafen, bei deren Eintreibung man vor allem gegen das Proletariat rücksichtslos vorgeht, gesteigert. Während für die Gefängnisse und Zuchthäuser 51 Millionen vorgesehen sind, verschlingt der eigentliche Justizapparat (Landgerichte und Amtsgerichte) 152,3 Millionen. Für die Fürsorge der Strafanstaltsentlassenen sind ganze 100 000 Mark (!) eingesetzt. Die Ausbeutung der Gefangenenarbeit soll 18 Millionen einbringen, während ganze 2 Millionen (!) an „Arbeitsverdienste" an die Gefangenen zurückfließen!

Der steuerlichen Schonung des Besitzes entspricht auch **der polizeiliche Schutz der Kapitalisten.** Rund 350 Millionen werden für die Polizei einschließlich **Landjägerei** beansprucht. Zwar stellt Herr Severing, **als der verantwortliche Polizeiminister,** eine Vereinfachung des Polizeiapparates infolge der Anforderungen der Entente in Aussicht. **Vorerst jedoch hat er**

für die Polizei eine noch höhere Summe als im vorigen Haushalt eingesetzt,

in Erwartung, daß die Entente dieses „dringende" Bedürfnis der deutschen Bourgeoisie zur Niederhaltung und Niederknüppelung der hungernden und frierenden Massen anerkennen wird.

Zur Klassenjustiz und Polizei gesellt sich als ein wichtigeres Staatsorgan Preußens die **Kirche.** Ihre Ansprüche an den Staat sind **von 60 auf 70,5 Millionen gestiegen,** damit der „Notlage" der Geistlichkeit gesteuert **wird. Nicht mitgerechnet** sind die auf 30 Millionen noch zu schätzenden versteckten Anforderungen zu dem Etat der Volksbildung.

Ueber 10 Millionen mehr den Pfarrern, aber auf der anderen Seite nur 1 Million mehr für Zwecke der Volksbildung.

Auch **für die Junker und ihre Passionen** hat der preußische Staat eine freigebige Hand. Zur Unterstützung der **Rennvereine sind rund 8 Millionen** vorgesehen, dazu kommen noch 4 Millionen für den Import von Zuchtpferden, um scheinbar die Handelsbilanz aktiver zu gestalten.

5 Millionen für Pferdefutter, 200 000 Mark zur „Bekämpfung" der Tuberkulose, 40 000 Mark für schulärztliche „Pflege" und 50 000 Mark zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten — zeigen diese Zahlen nicht den ganzen Skandal des kapitalistischen Etats?

Großsprecherisch verkündet die Einleitung des Etats „**Ersparnisse und Verbilligung des Verwaltungsapparates**". **Die Verbilligung** des Verwaltungsapparates besteht in der **Mehrbelastung der unteren Beamtenkräfte. Die höheren Verwaltungskosten sind durchweg geblieben.** Vor allem beim Staatsministerium ist keine einzige der zahlreichen hohen Beamtenstellen in Wegfall gekommen. Auch der **preußische Gesandtschaftsposten in München, für den 63 000 Mark verplempert werden,** taucht wieder auf. Bei einer solchen Einteilung der öffentlichen Gelder kann es nicht weiter **wundernehmen,** daß **geradezu lächerliche Summen für Zwecke der Wohlfahrt und**

20 Prozent Lohnabbau — ein Symptom der „Rationalisierung"

Die Arbeiterschaft muß sich einheitlich zur Wehr setzen

Der bekannte Wind weht uns folgendes Schreiben der **Vereinigten Zuckerfabrik Querfurt, Rödiger & Comp.,** auf den Tisch:

Bekanntmachung!

Die wirtschaftliche Notlage, in der sich die Zuckerfabriken zurzeit befinden, gestatten uns nicht, die 20prozentige Lohnerhöhung, die uns kurz vor der Kampagne aufgezwungen wurde, weiter zu zahlen! Eine Verminderung auf die bis zum 15. September 1925 geltenden Lohnsätze ist durch tarifliche Verhandlung auch im Hauptschlichtungsausschuß nicht möglich gewesen. Wir sehen uns daher zu folgender Erklärung gezwungen:

Arbeiter und Arbeiterinnen, die nicht gewillt sind, ihr Arbeitsverhältnis unter nachstehenden Löhnen fortzusetzen, gelten hiermit als zum 9. Januar 1926 entlassen.

Vollwertige Arbeiter über 21 Jahr, verheiratet	50,0 Pf.
Vollwertige Arbeiter über 21 Jahr, ledig . . .	49,0 Pf.
Arbeiter 20jährig	46,6 Pf.
Arbeiter 19jährig	44,1 Pf.
Arbeiter 18jährig	39,2 Pf.
Arbeiter 17jährig	34,3 Pf.
Arbeiter 16jährig	29,4 Pf.
Arbeiterinnen über 21 Jahre, verheiratet . . .	30,4 Pf.
Arbeiterinnen über 21 Jahre, ledig	29,4 Pf.
Arbeiterinnen 20jährig	28,0 Pf.
Arbeiterinnen 19jährig	26,5 Pf.
Arbeiterinnen 18jährig	23,5 Pf.
Arbeiterinnen 17jährig	20,6 Pf.
Arbeiterinnen 16jährig	17,6 Pf.

Handwerkerzuschlag 12 bis 15 Prozent.

Eine Erklärung über die Bereitwilligkeit zur Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses bei Aufrechterhaltung der bisher erworbenen Rechte unter Anerkennung oben aufgeführten Löhnen ist spätestens bis zum 8. Januar 1926, 12 Uhr mittags, auf unserm Fabrikbureau abzugeben.

Wird auf dem Bureau eine Erklärung weder persönlich noch schriftlich abgegeben, so gilt die Kündigung als angenommen.

Querfurt, den 31. Dezember 1925. Unterschrift.

*

Dieses Vorgehen der Zuckerfabrik Querfurt, bei ständig steigenden Lebenshaltungskosten (Mietsteigerung usw.) **die Löhne um 20 Prozent abzubauen,** steht nicht allein. Systematisch nutzen die Unternehmer die Krise aus, um, unter Androhung von Entlassungen und Stillegungen, das allgemeine Lohnniveau immer tiefer zu drücken. Eine Stillegung ist ihnen im Augenblick gar nicht unerwünscht. Sie alle wissen, daß die Chemiegewaltigen und die anderen ausschlaggebenden Industriellen in einiger Zeit die durch die Unternehmer-Zeitungen vorbereitete **„Rationalisierung"** durchzusetzen entschlossen sind und daß auch sie davon profitieren. Nicht nur Lohnabbau steht bei ihnen allen jetzt auf der Tagesordnung. **Arbeitszeitverlängerung und verschärfte Antreiberei gehen mit dem Lohnabbau Hand in Hand.** Ein Streiflicht auf das, was kommt, werfen die bereits jetzt vor durchgeführter Rationalisierung **sich häufenden Unglücksfälle.**

Wenn an einem einzigen Tage bei der Redaktion des **„Klassenkampf"** elf Unglücksfälle aus Großbetrieben unseres **Bezirks gemeldet werden, so sollte das auch dem letzten Skeptiker oder Kapitalisten-Gläubigen** unter der Arbeiterschaft die Augen öffnen und ihm sagen, daß es **höchste Zeit** ist, sich wieder einzureihen in die **Klassenfront,** mit daran zu arbeiten, daß die **Gewerkschaften den notwendigen Kampf führen** und für aktive, geschlossene Belegschaften zu sorgen, die sich gegen jeden Angriff **mutig zur Wehr** setzen.

Der Anschlag der Zuckerfabrik Querfurt, der nur **ein Symptom der Zeit** ist, fordert alle Gewerkschaften, in diesem Falle insbesondere den Fabrikarbeiterverband, auf den Plan. Jeder einzelne, ob KPD., SPD. oder parteilos, wird von der neuen Unternehmeroffensive betroffen. Sie alle gehören zusammen und müssen **helfen, die einheitliche Kampffront von den Gewerkschaften aus herzustellen.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260105-17/fragment/page=0001
DFG

ziale Fürsorge eingesetzt sind. Der Volkswohlfahrtsminister hat sich sogar zu einer Tat aufgerafft, in dem er in diesem Jahr auf Grund der heftigen Kritik für die Bekämpfung der Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit 100 000 Mark mehr veranschlagt hat.

Mit 400 000 Mark will man in Preußen der Säuglings- und Kindersterblichkeit entgegenwirken! Das Dreifache dieser Summe, nämlich 1 200 000 Mark, wird jedoch zur Unterhaltung und Pflege des Neunbahnbetriebes gefordert, während die Gesamtgeschäftsverwaltung 30 Millionen verschlingt. Pferderennen sind selbstverständlich in Preußen wichtiger, als Kinderschutz und Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit.

Ungeheure Summen verschlingt die Verzinsung der Anleihen und Schatzanweisungen, Wechsel, Darlehen usw. Von 5,5 Millionen steigt dieser Ausgabeposten auf über 13 Millionen. Diese Steigerung ist einmal verursacht durch die Hergabe von Staatskrediten an Großagrarier und Industrielle zu billigsten Zinssätzen, während Kleingewerbetreibende und Kleinbauern leer ausgehen, dann haben die 30 Millionen Verlust im Falle Barmat-Kutisker diese Ausgabeseite verstärkt.

Auf der Einnahmeseite sind noch folgende Ziffern bemerkenswert. Aus dem Lotteriebetrieb sollen statt wie bisher 2 Millionen insgesamt 6 Millionen herausgewirtschaftet werden. Die Spekulation auf die Dummen rentiert sich also für den preußischen Staat. Ganz enorm ist die Einnahmesumme der Forstverwaltung aus dem Erlös der Holzverkäufe. 30 Millionen mehr soll der Verkauf staatlichen Holzes erbringen. Das ist eine Vorschubleistung für den Holzwucher. Durch diesen Vorschlag wird vor allem das Baumaterial unendlich verteuert und im Grunde genommen das Wohnungselend verschärft.

Der Haushaltplan Preußens, auf dessen Einzelheiten wir noch bei der Etatsberatung zurückkommen, weist in allen Verwaltungszweigen die Tendenz der Stabilisierung der Klassenvorrechte der Bourgeoisie auf. In ihm heißt es: Erst Sicherung des Existenzbedürfnisses der Kapitalistenklasse und ihrer sogenannten „Kultur" (Rennbetriebe, Kirche usw.) und dann erst einige Almosen und Brosamen für das Proletariat.

Mit diesem Etat, der den Beifall des industriellen und agrarischen Ausbeutertums finden kann, tritt die von der SPD. gestützte Preußenregierung vor den Landtag. **Es ist selbstverständlich, daß die kommunistische Fraktion sowohl gegen die Verschleuderung öffentlicher Gelder zum Nutzen der herrschenden Klasse, wie auch gegen deren Ausplünderungs- und Unterdrückungspläne mit Hilfe der staatlichen Organe die Massen mobilisieren wird.**

Fast 500 Millionen Mark für das Bürgerkriegsinstrument

Der Reichswehretat für das Jahr 1926

Die Ausgaben für Heer und Marine im Etat für 1926 bringen einen Voranschlag für die Reichswehr in der Höhe von 482 460 800 Mark (1925: 416 503 780 Mk.), was eine Mehrausgabe gegenüber 1925 um fast 66 Millionen Mark bedeutet.

Diese 66 Millionen Mehrausgabe wurden von der deutschen Bourgeoisie, wie die gesamten Ausgaben für die Reichswehr, als eine rentable Sache betrachtet. Gerade angesichts der wachsenden Wirtschaftskrise zeigt sich wieder die Rolle der Reichswehr, die im Winter 1923/24 im Feldzug gegen Sachsen und Thüringen offenkundig in Erscheinung trat. Seit Wochen werden **eifrige Vorbereitungen zum Belagerungszustand getroffen.**

Die Stärke des Heeres wird offiziell mit 100 000 Mann angegeben, wozu noch die Sanitätsmannschaften kommen. Nicht enthalten in dieser Zahl sind die „zeitweilig" zur Verfügung stehenden schwarzen Reichswehrmannschaften sowie der umfangreiche Spitzel- und Erkundungsapparat, den die Reichswehr (neben der Polizei) unterhält. Die Ausgaben für die schwarze Reichswehr und den Reichswehrspitzelapparat werden im Etat für 1926 unter dem Titel „Sonstige Ausgaben für allgemeine und besondere Sachzwecke" geführt. **Dafür ist eine Summe von 232 518 467 Mark vorgesehen.** Wie bekannt, hat allein der Reichswehrminister die Kontrolle über die Verwendung dieser Gelder.

Nach dem Abschluß des Locarno-Paktes hat die deutsche Reichswehr in der Zukunft die Rolle, die revolutionäre Arbeiterschaft im Innern niederzuhalten, wenn die Landwehrstruppen der westlichen Nachbarlisten gegen die Sowjetunion marschieren. Trotz aller Entwaffnungsnoten geben die Imperialisten der deutschen Bourgeoisie die Möglichkeit, ihr Bürgerkriegsinstrument für die Gegenwart und Zukunft gebrauchsfähig zu erhalten.

Der „Vorwärts" jammert naiv, es sei schon immer die Auffassung der SPD. gewesen, daß schon das Vorhandensein ungeheurer Kriegsinstrumente „eine Gefahr für den Frieden" bilde. Der „Vorwärts" versucht mit solchen allgemeinen Gerede bewußt die Tatsache, daß die Reichswehr ein Bürgerkriegsinstrument der Kapitalistenklasse, also eine Gefahr für die Lebensinteressen des hungernden Volkes ist. Ob die Reichswehr noch zu anderen Zwecken verwendet wird, **ob sie in ein größeres Heer im Völkerbundsdienste verwandelt wird, darüber werden die englischen Imperialisten und das mit ihnen verbündete amerikanische Finanzkapital entscheiden.**

Die SPD.-Führer stimmten im Reichstag **stets für den Reichswehr-Etat.** Ihre Parteitage bestätigten diese Haltung. Sie sind dafür verantwortlich.

Die Kommunisten fordern die **Auflösung der Reichswehr** und ihre Ersetzung durch eine **Miliz des werktätigen Volkes.** Heute sind diese Kampflosungen gegen das Bürgerkriegsinstrument der Bourgeoisie wichtige Lebensforderungen der proletarischen Einheitsfront.

Die Große Koalition kommt näher

Die „Welt am Abend" berichtet, daß Hermann Müller gestern abend vor den Berliner Funktionären referierte mit dem ausgesprochenen Zweck, den Umfall für die Große Koalition vorzubereiten. Darüber hinaus geht der Kurs der SPD. immer stärker auf die Große Koalition hin. Im Hintergrund stehen Braun und Severing. Ihren Machinationen ist es gelungen, hervorragende Funktionäre in der SPD. in der Frage der Großen Koalition umzustimmen. Interessant ist ferner die Tatsache, daß das Zentrum nicht gewillt ist, den Versuch der zweiten Großen Koalition zu unternehmen, bevor nicht die SPD. die Garantie der Großen Koalition auch in Preußen gegeben hat.

Die sozialdemokratischen Arbeiter Frankreichs gegen die Koalitionspolitik

Paris. Als Auftakt zu dem am Sonntag stattfindenden außerordentlichen Parteitag der Sozialistischen Partei, der über die Beteiligung an der Regierung entscheiden soll, haben bereits in einer großen Anzahl von Departements Vorabstimmungen bei den Wahlen der Delegierten stattgefunden. Eine überaus große Mehrzahl von Departements hat bereits gegen den Eintritt in ein bürgerliches Kabinett gestimmt, darunter Paris.

Putschabsichten der Faschisten in Ostpreußen

Ankündigend zu Severings Erklärung: Solange ich Minister bin, gibt es keinen Putsch, bringt die „Welt am Abend" aufsehenerregende Mitteilungen über die Rüstungen der Faschisten in Ostpreußen. Sie kündigt an, daß sie in den nächsten Tagen dokumentarische Beweise dafür bringen werde, daß in Ostpreußen nach wie vor geheime Organisationen unter der Führung des Generalstabsoffiziers von Auer aufgebaut werden, daß in Königsberg umfangreiche Vorbereitungen für die Errichtung einer Munitions- und Waffenfabrik, die das notwendige Material für den innerpolitischen Umsturz vorbereiten soll, getroffen werden. Nach den hier vorliegenden Unterlagen stammen die dazu nötigen großen Geldmittel aus russischen Quellen. Ebenso sollen recht enge Beziehungen zu den russischen monarchistischen Emigranten vorhanden.

Sie drücken sich um eine klare Entscheidung

Protestkundgebung des Reichsbanners und der SPD. von Halle zur Fürstenentschädigung

Endlich erwacht auch das hallische Reichsbanner und die Sozialdemokratie aus ihrem Winterschlaf. **Am heutigen Tage,** so verkündet ein Aufruf im gestrigen „Volksblatt", soll **im „Volkspark" eine „Protestkundgebung gegen die Fürstenforderungen" stattfinden.** Es ist bezeichnend genug, daß in dem ganzen Aufruf **nicht ein einziges Wort von Volksentscheid,** geschweige denn von einer **entschädigungslosen Enteignung der Fürsten steht.** Wir zitieren folgende Sätze aus dem Aufruf:

„Solange Reich und Länder nicht einmal in der Lage sind, jedem Deutschen die verfassungsmäßigen Grundrechte auf den notwendigen Unterhalt zu sichern, muß jede andere Forderung als volksfeindlich bezeichnet werden und weichen. **Auch den ehemaligen Fürsten gegenüber dürfen Ausnahmen von den verfassungsmäßigen Rechten aller Deutschen nicht gemacht werden.**"

Hier liegt ja gerade der Hund begraben. Daß Wilhelm dem Verrückten und seiner Clique die „verfassungsmäßigen Rechte aller Deutschen" zugebilligt werden sollen, **das verlangen ja gerade die Deutschnationalen.** Auf Grund dieser „verfassungsmäßigen Rechte aller Deutschen" verlangen sie ja, daß die sogenannten ordentlichen Gerichte, die ja so gut wie restlos in den Händen der Reaktionäre sind, nach dem Weimarer Grundsatz „das Privateigentum ist heilig" **„rechtsprechen" sollen durch die Ueberweisung von weiteren Millionen an die ausgerissenen Fürsten.** Und im Namen der „verfassungsmäßigen Rechte aller Deutschen" verlangen ja die Monarchisten, daß **Wilhelm sogar freie Einreise nach Deutschland gewährt werden müsse,** wie ja der verfassungstreue Sozialdemokrat Sollmann auch bereits zur Zeit seiner Ministerherrlichkeit dem Hurenbock von Charleroi die Einreise nach Deutschland genehmigt hat.

Offensichtlich ist für das hallische Reichsbanner die Ausnahmegesetzgebung nur dazu da, um **gegen die Arbeiterschaft angewandt zu werden.** Eberts Regieren mit dem § 48 gab dem „Volksblatt" seinerzeit die Veranlassung, von den „verfassungsmäßigen Rechten aller Deutschen" zu sprechen. Wo aber einmal ein Ausnahmefall, eine Abweichung von den toten Buchstaben der Weimarer Verfassung **gegen Monarchisten** in Anwendung gebracht werden soll, da zitiert man beschwörend die „verfassungsmäßigen Rechte aller Deutschen"!

Allerdings darin unterscheiden wir uns grundsätzlich von der Sozialdemokratie, daß sie die Fürstenentschädigung zu einer Frage des Rechtes nach bürgerlichen Gesetzen macht, während wir Kommunisten in ihr eine Frage des politischen Machtkampfes zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat sehen. Wenn wir für die entschädigungslose und restlose Enteignung der Fürsten eintreten und wenn wir dafür den Volksentscheid vorschlagen, so wissen wir, er wird nur insoweit von Erfolg gekrönt sein, als es wirklich gelingt, **die breitesten Massen des deutschen Proletariats und darüber hinaus des Kleinbürgertums dafür außerparlamentarisch mobil zu machen.**

Die Entscheidung liegt jetzt vor allen Dingen auch bei den **sozialdemokratischen Arbeitern.** Der Aufruf des hallischen Reichsbanners zeigt, wenn auch in versteckter Form, daß man **für eine Abfindung der Fürsten im Sinne der demokratischen Forderungen** ist. Die sozialdemokratischen Arbeiter also werden sich jetzt entschließen müssen, ob sie für diese Forderung, die, und wenn sie noch so radikal erscheint, eine bürgerliche Forderung ist, eintreten wollen, oder ob sie **den wirklichen Kampf** aufnehmen wollen **für den Volksentscheid auf entschädigungslose Enteignung.** Im letzteren Falle ist uns Kommunisten niemand so willkommen in einer einheitlichen **Kampffront wie gerade die sozialdemokratischen Arbeiter.**

Wortlaut des russisch-türkischen Vertrages

Das Kommissariat des Aeußeren, der SSSR. veröffentlicht den Wortlaut des russisch-türkischen Vertrages:

Artikel 1. Im Falle eines kriegerischen Angriffes gegen eine der vertragschließenden Parteien von seiten einer oder mehrerer dritter Mächte verpflichtet sich die andere vertragschließende Partei, Neutralität zu wahren.

Zusatz. In den Begriff „kriegerischen Angriff" können kriegerische Manöver nicht einbezogen werden, da solche der anderen Partei keinen Nachteil bereiten.

Artikel 2. Jede der vertragschließenden Parteien verpflichtet sich, sich jeglichen Angriffs auf die andere Partei zu enthalten. Ebenso verpflichten sich beide vertragschließenden Parteien, **sich keinem Bündnis oder Uebereinkommen politischen Charakters einer oder mehrerer Mächte anzuschließen, welches gegen eine der Parteien gerichtet ist, und ebenso keinem Bündnis oder Uebereinkommen mit einer oder mehreren Mächten beizutreten, welches gegen die militärische Sicherheit zu Lande oder zur See einer der vertragschließenden Parteien gerichtet ist.** Außerdem verpflichtet sich jede der vertragschließenden Parteien, **keinen Anteil an irgendeinem feindlichen Akt einer dritten Macht zu nehmen, welcher gegen eine der Parteien gerichtet sein sollte.**

Artikel 3. Der gegenwärtige Vertrag tritt mit dem Moment seiner Ratifizierung in Kraft und wird drei Jahre gültig sein. Nach Ablauf dreier Jahre wird der Vertrag automatisch um ein weiteres Jahr verlängert, falls keine der vertragschließenden Parteien sechs Monate vor Ablauf der Vertragsfrist den Wunsch äußern sollte, den Vertrag aufzuheben.

Protokoll 1. Der Vertrag ist so zu verstehen, daß jede der vertragschließenden Parteien in ihren Beziehungen zu dritten Mächten, welche außerhalb der in diesem Vertrage festgelegten Bedingungen stehen, ihre volle Handlungsfreiheit beibehält.

Protokoll 2. Beide vertragschließenden Parteien haben sich darauf geeinigt, daß der Ausdruck „politischen Charakters" im Artikel 2 dieses Vertrages sich **auch auf Uebereinkommen erstreckt, welche finanzielle und ökonomische Abmachungen zwischen irgendwelchen Mächten umfassen, die gegen eine der vertragschließenden Mächte gerichtet sind.**

Protokoll 3. Beide vertragschließenden Parteien verpflichten sich, Verhandlungen über die Art der Regulierung von Mißverständnissen vorzunehmen, welche zwischen ihnen selbst entstehen könnten und welche auf dem gewöhnlichen Wege diplomatischer Verhandlungen nicht beseitigt werden können."

•

Durch diesen Friedensvertrag zwischen der Türkei und Rußland sind alle jene lächerlichen Kombinationen zerstoben, die von einem beiderseitigen Kriegsbündnis gefaselt haben. Die deutsche bürgerliche Presse, die vor der Veröffentlichung dieses Schreibens nicht genug von einem Kriegsbündnis schreiben konnte, schweigt sich nach der Veröffentlichung über diesen Punkt vollkommen aus. Sie muß es um so mehr tun, als ausdrücklich die türkische Regierung England erklärt hat, alles tun zu wollen, um trotz der Mossul-Entscheidung kriegerische Verwicklungen mit England zu vermeiden. Zweifellos ist der Freundschaftsvertrag mit Rußland der Grund dieser Stellungnahme der Türkei gewesen. Es erhebt sich die Frage: Warum hat Deutschland nicht einen ähnlichen Vertrag mit Rußland geschlossen, wie diesen vorliegenden? Zweifellos wäre dadurch das Kräfteverhältnis innerhalb Europas mehr balanciert worden, als es durch den Locarno-Vertrag geschehen ist, obwohl wir uns keinen Illusionen darüber hingeben, daß der Vertrag eines bürgerlichen Staates mit Sowjet-Rußland nur eine sehr relative Bedeutung hat.

Schwere Gefängnisstrafen für führende Genossen in Frankreich

In den letzten Tagen hat die französische Klassenjustiz in letzter Instanz folgende Urteile gegen die Mitglieder des zentralen „Aktionsausschusses gegen den imperialistischen Krieg" bestätigt: Bellanger 16 Monate, Marcel Cachin, Jacques Doriot, Gaston Monmousseau und Midol je 12 Monate, Suzanne Girault und Chasseigin je 10 Monate, Thorez 8 Monate, Bonnesous, Reynaud, Berrar und Vitel Gilbert je 6 Monate Gefängnis. Insgesamt 120 Monate und 30 000 Frank (d. h. 120 000 Frank, wenn die Zuschläge berechnet werden) Geldstrafe ohne die Gerichtskosten.

Von den Genannten sind Thorez der Vorsitzende des Aktionskomitees, Monmousseau Generalsekretär des roten Gewerkschaftsbundes, die Genossen Cachin und Doriot Parlamentsabgeordnete und zusammen mit der Genossin Girault bekannte Führer der kommunistischen Bewegung in Frankreich. Außerdem wurde neben zahlreichen anderen auch der Genosse Sennard, der Generalsekretär der KPF., verurteilt.

Das Aktionskomitee führt bekanntlich im Auftrag von Millionenmassen, die sich auf den Arbeiter- und Bauernkongressen vertreten ließen, den Kampf gegen den Krieg in Marokko und Syrien.

Die Kriegsdienstverweigerer gegen Locarno

In Berlin tagt zurzeit die Exekutive der Internationale der Kriegsdienstgegner. Den Vorsitz führt ein Engländer, der Mitglied der englischen Arbeiterpartei ist. Aus allen Ländern sind Delegierte erschienen. Eine Resolution dieses Kongresses besagt, daß Bündnisse nach Art des Vertrages von Locarno die Welt nicht den Frieden bringen, sondern daß derartige Verträge eine große Gefahr bedeuten, weil durch sie die öffentliche Meinung fälschlich in Sicherheit gewiegt und von den wirklichen Kriegsgefahren und Ursachen abgelenkt wird.

Die Kommunisten begrüßen natürlich die richtige Erkenntnis dieser Pazifisten über den Charakter des Locarno-Paktes. Sie sind aber der Meinung, daß die individuellen Methoden der Dienstverweigerung in gar keinem Falle genügen, um den Krieg aus der Welt zu schaffen. Abgesehen davon, daß der Charakter eines künftigen Krieges **nicht so sehr von Massenheeren,** als von den modernsten Kriegsmitteln der Technik bestimmt wird, die sich auf das Hinterland, also auf die Richtkombattanten erstrecken wird, versetzt darüber hinaus eine bloße Dienstverweigerung den Ursachen des Krieges **dem Imperialismus keinen Todesstoß.** Dieser Todesstoß kann nur dadurch geführt werden, daß das Proletariat als Klasse das kapitalistische System stürzt und die sozialistische Wirtschaftsordnung aufbaut.

Blut-Zankoffs Abgang

Sofia, 4. Januar.

Der Henker Zankoff ist nunmehr endgültig zurückgetreten. An der Regierungsmethoden wird sich insoweit nicht viel ändern, **als der demokratische Block,** dem auch Zankoff angehört, an der Regierung bleibt. Außerdem erklärte Zankoff, daß er das neue Kabinett vorbehaltlos unterstützen werde. Immerhin ist seine Person aber doch so kompromittiert, daß der Regierungswechsel im Interesse des Ansehens im Ausland eintreten mußte. Bezeichnend ist es, daß das Organ des bulgarischen Außenministers Stresemanus, die „Tägliche Rundschau", dem Henker Zankoff bescheinigt, **„daß er sich die größten Verdienste um das Land erworben hat, als er es mit eiserner Energie aus den Eisen der Bauern-Diktatur und der Kommunisten-Putsche zu geordneten Verhältnissen zurückführte".**

„Nur im Kreuz liegt unsere Hoffnung"

In der Sächsischen Bannerzeitung vom 1. Januar lesen wir eine interessante Polemik unter der Ueberschrift: **„Das Kreuz am Grabe Eberts".** In ihr wird über die „honrischen Königsmacher" hergezogen, die die „Unchristlichkeit" der SPD. dadurch charakterisieren wollen, daß sie feststellten, **man habe vom Grabe Eberts zweierlei Photographien aufertigen lassen. Eine Photographie mit dem Kreuze, eine andere ohne den Christusgalgen.** Je nach konfessioneller oder freidenkerischer Färbung der betreffenden Landesgegend sei dann das Grabmal Eberts mit oder ohne Kreuz veröffentlicht worden.

In der Entgegnung wird diese Tatsache nicht bestritten. Bestritten aber wird, daß man das Reichsbanner, Herrn Ebert und die Sozialdemokratie deshalb der Unchristlichkeit zeihen dürfe. Und so versteigt man sich zu folgendem erhabenen Satz:

„In diesem Falle soll der Eindruck erweckt werden, als schämten sich die Sozialisten des Kreuzes, das so wunderbar über den herrlichen Heidelberger Friedhof als Wahrzeichen steht."

In der Tat, wir glauben diesen Herren, die solchen christlichen Schmalz verzapfen. Sie schämen sich nicht. Sie schämen sich so wenig, wie sich der „Apostel Paulus" geschämt hat, als er schrieb: „Ich schäme mich des Evangeliums von Christi nicht, denn es ist eine Kraft, die da selig macht alle, die daran glauben."

Aber, ob die sozialdemokratischen Reichsbannerarbeiter sich nicht schämen, daß man mit ADGB.-Bibeln und -Christuskreuzen bei Pfaffen und bayrischen Königsmachern konkurrieren geht — das ist eine andere Frage.

Das traurigste Kapitel

In einer Polemik gegen die Ultranationalisten, die jetzt bekanntlich auch den „Retter" angreifen, schreibt **die sozialdemokratische „Münchener Post"** vom 30. Dezember:

„Das traurigste Kapitel der Geschichte der Gegenwart scheint uns aber zu sein, daß gerade die sich kündig am lautesten national nennenden Kreise dem obersten Repräsentanten des Deutschen Reiches so wenig Achtung entgegenbringen."

Jetzt wissen die Arbeitslosen, was nach Auffassung der sozialdemokratischen Zeitung trauriger ist, als ihr eigenes Los!

Neuaufnahme der Bauarbeiter-Verhandlungen

Berlin. Mitte Januar sollen die Verhandlungen über den Reichstarif für das Baugewerbe wieder aufgenommen werden, die Anfang Dezember vorigen Jahres ergebnislos abgebrochen worden sind. Bei den letzten Verhandlungen wurde nur die Vereinbarung getroffen, daß die bezirklich geregelten bis zum 31. März geltenden Löhne in Kraft bleiben. Besonders in den Fragen der Regelung der Arbeitszeit, der Ferien, der Entlohnung der Lehrlinge und der Poliere bestehen Differenzen.

Metallarbeiter-Forderungen in Sachsen

Dresden. Die Opposition im DMV. Sachsen erklärt anläßlich der **Kündigung des Manteltarifs der Metallindustrie durch die Unternehmer und der bevorstehenden Kündigung der Lohnverträge** aller sächsischen Tarifbezirken einen Aufruf, der sich gegen die Wünsche der Unternehmer auf Herabsetzung der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit und Verminderung der Arbeiterzahl wendet. Der Aufruf fordert dazu auf, die Gewerkschaftsführer zu zwingen, daß sie **die Lohntarife am Anfang März kündigen,** den Kampf für Beseitigung des Landestarifs, Abschluß von Bezirkstarifen, 46stündige Arbeitswoche, Lohnerhöhung um 40 Prozent, 14 Tage Ferien und Verminderung der Verdienstspannen zwischen den einzelnen Gruppen zu führen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260105-17/fragment/page=0002

Der russische Parteitag und die sozialdemokratische Presse

Phantasien und Spekulationen

Die Berichterstattung über den russischen Parteitag hat besonders in der SPD.-Presse ein lebhaftes Echo gefunden. Auch die großen Boulevard-Blätter Berlins berichteten in spaltenlangen Artikeln über den russischen Parteitag. Der Unterschied in der Beurteilung des russischen Parteitages zwischen der SPD.-Presse einerseits und den demokratischen Boulevard-Blättern andererseits ist der gewesen, daß man in der sozialdemokratischen Presse die verschiedenen Auffassungen, die auf dem russischen Parteitag zutage traten, mit einer durch nichts begründeten journalistischen Jongleurkunst aufzubauschen beliebte, während die demokratischen Blätter eine nüchterne Betrachtung über den russischen Parteitag anstellten, die sich von allen überstiegenen Kombinationen freihielt.

Die SPD.-Presse glaubte wieder einmal einen fetten Bissen für ihre Parteipolitik gefunden zu haben, sie glaubte, vor ihrer Mitgliedschaft den gleichen Tanz aufführen zu können, den sie bereits schon öfter aufgeführt hatte, zuletzt, als der Ekkibrief veröffentlicht wurde. Die sozialdemokratischen Arbeiter werden sich aller dieser Dinge noch genau erinnern, und sie werden, sofern sie ruhig und sachlich eine Betrachtung anstellen, feststellen müssen: Es ist genau das entgegengesetzte von dem eingetreten, was man in der SPD.-Presse prophezeit hatte, der Ekkibrief, der die deutsche Partei bis ins Innerste aufgewühlt hatte, hat die Partei nicht in tausenderlei Sekten zerspalten, sondern ihr im Gegenteil einen festen, geraden Kurs gegeben, dessen Folgen der Festigung der Partei, dem weiteren Fortschreiten der deutschen Sektion, dienlich gewesen sind.

Wir geben diese Parallele lediglich, um festzustellen: **Alle Kombinationen der SPD.-Presse von einer tiefen Wirtschaftskrise Sowjet-Rußlands, von einer Spaltung der RKP., sind in noch viel höherem Grade müßige Spekulationen** der SPD., als diejenigen, die damals beim Erscheinen des Ekkibriefes laut geworden waren. Verfehlt ist auch vor allen Dingen jene Spekulation, die da glaubt, daß die Differenzen auf dem russischen Parteitag Differenzen gewesen sind, die sich letzten Endes zwischen der russischen Staatspolitik und den Vertretern der Komintern abgespielt hätten. Daß dem nicht so ist, beweist allein schon die Tatsache der Zusammensetzung der Opposition. Der Führer der Opposition war neben Sinowjew der russische Finanzkommissar Sokolnikow, ein Mann also, der nach der Version der sozialdemokratischen Zeitungen als Statthalter des russischen Budgets, als Statthalter der russischen Währung, sich doch vor allen Dingen der russischen Staatspolitik und nicht der Politik der Komintern hätte anschließen müssen, wenn wir uns schon einmal dieser falschen Trennung der SPD.-Presse bedienen wollen.

Das „Volksblatt“ geht in seiner gestrigen Nummer sogar so weit, von einer **„Liquidierung der 3. Internationale“** — durch den Mund ihres neuesten „Rußlandspezialisten“, Reinhold Schoenlank? — zu sprechen, **eine Phantasie, die ebenso verfehlt ist, wie jene andere, die Schoenlank mit dem „Vorwärts“ teilte, daß Rußland in den Völkerbund treten werde.** Zur Unterstützung dieser Phantasie hatte man u. a. auch das Nichterscheinen des **Genossen Tschitscherin** auf dem russischen Parteitag herangezogen. Man wollte, so lautete die Spekulation der SPD.-Presse, den Parteitag nicht durch Tschitscherin belasten, der der Vertreter der Liquidierung der 3. Internationale sei. Tschitscherin hat leider der SPD. diesen Gefallen nicht getan. **Tschitscherin** erschien nicht nur vor dem Ende des Parteitages, sondern er **nahm selbst auf dem Parteitag das Wort** und wurde mit enthusiastischem Jubel begrüßt. Die SPD.-Presse hat es „vergessen“, diese Meldung zu bringen, weil sie nicht in den Kram ihrer Phantasien über den russischen Parteitag hineingepaßt hätte.

Was an tatsächlichen Differenzen auf dem russischen Parteitag zurückbleibt, und was diesen Differenzpunkten zugrunde liegt, ist die Tatsache, daß es **den staatlichen Organen nicht gelungen ist, die gesamten Getreidemengen der vorzüglichen russischen Ernte zu erfassen.** Diese Tatsache gibt Abstriche in der Einfuhr industrieller Erzeugnisse und hat naturgemäß zu **verschiedenartigen Auffassungen in der Politik gegenüber dem Bauerntum, besonders dem mittleren Bauerntum gegenüber, Anlaß gegeben.**

Der russische Parteitag hat sich mit überwältigender Mehrheit für die Resolution des ZK. der RKP. ausgesprochen. Das einzige Zentrum der Opposition ist Leningrad geblieben, aber auch hier hat die Opposition in der Parteimitgliedschaft auf derart schwachen Füßen, daß man wirklich aus diesen Mücken keinen Elefanten machen kann. Eine große Anzahl von Leningrader Betrieben, eine große Anzahl von Leningrader Rayons der RKP. hat sich gegen die Opposition gewandt und **dem ZK. der RKP. das vollkommene Vertrauen ausgesprochen.**

Wir überlassen es den sozialdemokratischen Rußlandphilosophen gerne, ihre weiteren Spekulationen zu treiben, um so mehr, als nicht nur in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, sondern darüber hinaus in der sozialdemokratischen Presse sich die Stimmen mehren, die die russischen Verhältnisse nüchtern betrachten und zum Ausdruck bringen, daß der Kurs der deutschen Arbeiterschaft **von Locarno weg nach Moskau hin** sich zu richten beginnt.

Das neue Polbureau der RKP.

Bei der ersten Sitzung des neuen Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion **wurden zu Mitgliedern** des politischen Bureaus **gewählt: Bucharin, Woroschiloff, Sinowjew, Kalini, Molotoff, Rykoff, Stalin, Tomski und Trotzki; zu Ersatzmitgliedern: Dzersinski, Petrowski, Uljanoff und Kameneff. Dem Sekretariat gehören an: Stalin als Generalsekretär und Molotoff, Uljanoff, Kassior, sowie Jewdokimoff als Sekretär. Zum Hauptschriftleiter des offiziellen Parteiblattes „Prawda“ (Moskau) wurde Bucharin gewählt.**

Endlich gelandet!

Schönlank und Finkelmeyer in der SPD. — Was heißt „Wiedervereinigung der Arbeiterbewegung“?

Wenn man noch vor nicht langer Zeit Reinhold Schoenlank sagte, seine politische Einstellung führe schnurstracks zur SPD., er werde **schneller, als er es selbst ahne,** in der Partei der Wels und Scheidemann landen und Noske als seinen Parteigenossen begrüßen müssen, dann wurde er gewöhnlich fuchsteufelswild. Er denke gar nicht daran, diesen Schritt zu vollziehen, war seine Behauptung.

Nun ist dieser Schritt eine Tatsache geworden: In einer „Erklärung“ im "Volksblatt" von Halle „begründen“ die vor einiger Zeit aus der KPD. ausgeschlossenen **Reinhold Schoenlank** und **Konrad Finkelmeier ihren Eintritt in die SPD.**

*

Zunächst ein paar Worte zu Finkelmeier, das Anhängsel Schoenlanks. Finkelmeier ist seinerzeit aus der Partei ausgeschlossen worden, weil er als Redakteur des „Mitteldeutschen Echos“ sich einiger Disziplinwidrigkeiten schuldig gemacht hat. Sie waren nicht einmal, was offen gesagt werden kann, so schwerwiegender Natur, daß seine Wiederaufnahme für alle Zeiten ausgeschlossen gewesen wäre. Wir raten jedem Parteigenossen, der vielleicht noch an einen gewissen guten Willen bei Finkelmeier geglaubt hat, im „Volksblatt“, das in diesem Fall offensichtlich von ihm inspiriert wird, nachzulesen, wie man sich über diese Möglichkeit zur Rückkehr in die Partei in absehbarer Zeit ganz offen lustig macht. **Finkelmeier hatte längst innerlich mit der Partei gebrochen, das ist heute klar.** Wenn er nicht längst gegangen ist, wenn er ziemlich lange **die Rolle der verfolgten Unschuld gespielt** hat, so geschah das aus politischer Bedeutungslosigkeit und Entschlußunfähigkeit. Erst als ihm der später als er ausgeschlossene Reinhold Schoenlank sein antibolschewistisches Rückgrat stärkte, ging er dorthin, wohin er längst gehörte. Die KPD. kann heilfroh sein, daß dieses haltlose Element nicht zur Partei zurückgekehrt ist. Die **revolutionäre** Partei braucht Funktionäre, die aus **anderem** Holz geschnitzt sind, **als dieser politisch haltlose und schwächliche Finkelmeier.**

Das Kapitel Finkelmeier ist damit geschlossen. Es bleibt nur noch übrig, festzustellen, daß sich Finkelmeier noch zum Schluß einen durchsichtigen Schwindel geleistet hat. In der von ihm und Schoenlank unterschriebenen „Erklärung“ heißt es, der Ekkibrief habe wieder Diskussionsfreiheit gebracht, und „als wir von der Diskussionsfreiheit einen uns nötig erscheinenden Gebrauch machen wollten, schloß die Partei uns aus“. In Wirklichkeit ist Finkelmeier **vor** dem Ekkibrief nicht wegen bestimmter politischer Aeußerungen, sondern **wegen Disziplinwidrigkeiten gegen die Partei** ausgeschlossen worden.

*

Die ohne Zweifel von Reinhold Schoenlank verfaßte **„Erklärung“** selbst ist das **dürftigste Dokument, das jemals von Renegaten geschrieben worden ist.** Wir haben, offen gesagt, ein klügeres **antibolschewistisches Elaborat von Reinhold Schoenlank erwartet. Man hat das Gefühl beim Lesen der Zeilen, daß Schoenlank krampfhaft bestrebt war, ja Gnade zu finden vor den Augen der Wels und Konsorten, durch eine Kommunistenhetze von der Art, wie sie in dieser plumpen Form selbst** in der SPD.-Presse **der letzten** Zeit z. T. nicht mehr zu finden war. Es ist die alte, schon bei Levi und Friesland erlebte Tatsache: Die Renegaten wollen stets **durch besondere** Dienstfertigkeit in bezug auf die **Verunglimpfung der Partei, aus der sie selbst stammen,** den sozialdemokratischen Parteiinstanzen gefallen, auf daß diese anerkennen, daß sie **der Aufnahme in die SPD. würdig** wären.

Es genügt, wenn wir nur die wichtigsten uralten Ladenhüter des Antibolschewismus, die sich Reinhold Schoenlank, der immerhin einmal eine Vergangenheit hatte, leistet, zur Schau stellen. Jeder denkende Genosse wird daran ermessen können, auf welch tiefes Niveau er bereits gekommen ist.

Die KPD. sei „ein gefügiges Werkzeug in den Händen der russischen Politik“. Die Kommunisten glauben, „eine Revolutionierung der Welt durch Organisation von blanquistischen Abenteurern zu erreichen“. Daher **„spalteten sie die Arbeiterbewegung und ebneten der Reaktion in der ganzen Welt den Boden für ihre unumschränkte Klassenherrschaft“.**

Man sieht, auch nicht ein origineller Gedanke! Alles Abklatsch! Alles schon unzählige Male von den Feinden der proletarischen Revolution gesagt! Das also ist Reinhold Schoenlanks politisches Glaubensbekenntnis: **Nicht Kaisersozialismus, nicht Noske-Militarismus, nicht Koalitionspolitik und Arbeitsgemeinschaft haben der Reaktion den Boden geebnet, sondern die Kommunisten haben das verbrochen.** Er, der vorgibt, ein Anhänger Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts zu sein, nennt den Kampf dieser beiden unter seinem jetzigen Parteigenossen Noske ermordeten Märtyrer des deutschen Proletariats nachträglich Blanquismus! Das, und nichts anderes, ist **der tiefere Sinn der reumütigen Rückkehr Reinhold Schoenlanks zu den Wels und Scheidemann.** Kein revolutionärer Arbeiter beneidet ihn um dieses politische Ende einer einst so stolz begonnenen Spartakustätigkeit, die damals in den Augen seiner jetzigen Parteigenossen ja auch „blanquistische Abenteuererpolitik“ war.

*

Das „Volksblatt“, das natürlich ob des fetten von Schoenlank und Finkelmeier servierten Bissens förmlich aus dem Häuschen ist, benutzt die günstige Gelegenheit, um gleich einige ihrer bekannten Gemeinheiten anzubringen. Daß es den Schwindel bringt, der „berüchtigte Herr Schnetter“ wäre nach dem Ausschluß Finkelmeiers der Redakteur des „Mitteldeutschen Echos“ gewesen, obgleich Genosse Schnetter es tatsächlich nie war, ist ja eine Nebensächlichkeit. Hinterlistiger ist die Methode, **ohne konkreten Angaben von „ehemaligen Baltikumern und Ehrhardt-Leuten“ zuzusprechen, denen man „Unterschlupf und Vertrauensposten in der KPD. weiter gewährte“.** Als diese Geschichte, ebenfalls ohne jede genauere Angabe, zum erstenmal im „Volksblatt“ auftauchte, haben wir bereits das Nötige zu der schuftigen Verleumdung gesagt. Wir erinnern uns, daß auch Reinhold Schoenlank damals mit uns einer Meinung war. **Heute tauchen dieselben Verleumdungen im Zusammenhang mit Schoenlanks „Erklärung“ im „Volksblatt“ wieder auf.** Was soll das heißen? Deckt heute etwa Schoenlank das, was er noch vor kurzem aus einfachem Anstandsgefühl verurteilt hat? Wenn nein, wird er die „Volksblatt“-Redaktion auffordern, die gemeinen Verleumdungen zurückzunehmen? Wenn das die Redakteure des „Volksblatts“ nicht tun, **wird Schoenlank wenigstens von seinen neuen Freunden verlangen, daß sie sofort die „führenden Personen der KPD. Halle-Merseburg“ namentlich nennen, wann und wo sie unter Ehrhardt und bei den Baltikumern** — um mit der Sprache des „Volksblatt“ zu reden — **„gerubelt“ haben?**

Wir erklären ausdrücklich: Wenn das „Volksblatt“ nicht sofort **konkrete Angaben zu seinen infamen Behauptungen** macht dergestalt, daß der oder die also Verleumdeten sogar vor dem bürgerlichen Gericht die Urheber der Verleumdung belangen können, bezeichnen wir die Redakteure vom Harz als bewußte Schwindler und **feige Ehrabschneider.**

Wie sich Reinhold Schoenlank, der ja einen Feldzug zu unternehmen vorgibt, für die Reinheit der Arbeiterbewegung in dieser Gesellschaft fühlen wird, das — wird ja dann seine Sache sein ...

*

Nicht der Schoenlank und Finkelmeier wegen — diese beiden Renegaten sind als Personen für den großen Befreiungskampf des Proletariats vollkommen nebensächlich —, sondern der **Massen der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter** wegen müssen wir uns schließlich mit dem Teil der „Erklärung“ beschäftigen, der in ebenso unklarer wie unfähiger Form sich mit den **Problemen der proletarischen Einheitsfront** beschäftigt.

Die Schoenlank und Finkelmeier scheinen **vollkommen** ihre eigenen werten Persönlichkeiten, die jetzt in der Sozialdemokratie gelandet sind, zu verwechseln mit der sich **nur im unmittelbaren, gemeinsamen Kampf gegen die Bourgeoisie entwickelnden proletarischen Einheitsfront.** Es ist geradezu lächerlich, in seinem eigenen Uebertritt zur SPD. die Fortentwicklung einer Einheitsfront des deutschen Proletariats zu sehen. Das ist ebenso unmarxistisch, wie es von einer dummen Selbstüberheblichkeit zeugt.

Wenn die Schoenlank und Finkelmeier auch nur einen Funken Verständnis dafür hätten, wie sich eine wirklich kampfesfähige proletarische Einheitsfront entwickeln kann, so hätten sie in ihrer Erklärung wenigstens die **Gewerkschaftseinheit** verlangt, in dem Sinne, daß sich **vom Boden der Gewerkschaften und Betriebe aus für bestimmte, konkrete Ziele, z. B. für die Zurückeroberung des Achtstundentages, der Zusammenschluß der Arbeiter, ohne Unterschied der Parteirichtung, vollziehen muß.** Oder wenn sie etwa in ihrer Erklärung auch nur ein Wort gesagt hätten über **die wirklich einigenden Momente,** die im Proletariat vorhanden sind, wenn sie z. B. darauf hingewiesen hätten, daß **für die restlose und entschädigungslose Enteignung der Fürsten ein Volksentscheid aller proletarischen Organisationen** stattfinden müsse, und daß sie dafür **kämpfen wollten,** dann könnte man allenfalls noch sagen, daß sie sich bemühen, wenigstens die Probleme unter dem richtigen Gesichtswinkel zu betrachten. Aber mit solchen allgemeinen Phrasen, wie „dem Sozialismus gehört die Zukunft“, zum Eintritt in die SPD. aufzufordern, und das als den Weg zur Einheitsfront des Proletariats zu bezeichnen, das ist wirklich **blöde!**

Die **„Wiedervereinigung der Arbeiterbewegung“,** von der die Schoenlank und Finkelmeier unter Außerachtlassung jeder marxistischen und historischen Erkenntnis in der jammervollsten Weise faseln, ist **keine Angelegenheit einer bloßen Verhandlung am grünen Tisch, ist auch keine Angelegenheit, die heute parteimäßig-organisatorisch gelöst werden kann.** Sie ist vielmehr ein **Entwicklungsprozeß,** der in dem Maße dem Ziele näher kommt, **als die kommunistischen und sozialdemokratischen sich unmittelbar im Kampf um gemeinsame, konkrete, proletarische Ziele näher kennen und schätzen lernen** und so — **sicher gegen den Willen der sabotierenden sozialdemokratischen Führer, die nicht den Klassenkampf, sondern die Koalitionspolitik wollen — eine siegreiche proletarische Einheitsfront verwirklichen werden.**

Für diesen Entwicklungsprozeß, d. h. also **für das Zusammengehen von sozialdemokratischen, kommunistischen und indifferenten** Arbeitern **um von diesen allen anerkannte** Forderungen **tritt die** Kommunistische Partei mit aller Kraft ein. In diesem Sinne handelt sie nicht parteiegoistisch, sondern **im Interesse der Gesamtbewegung des Proletariats.**

EJUS

Roman von Lawrence H. Desberry

Aus dem amerikanischen Manuskript übertragen von Hermynia Zur Mühlen

„Wo wird denn das Zeug hergestellt?“ fragte Mannister halb gedankenlos, einen der purpurnen Zettel zwischen den Fingern knüllend.

Der Arbeiter runzelte die Stirn: „Das weiß kein Mensch.“

„Seltsam.“

„Es wird irgendeine Schurkerei dahinter stecken.“

Mannister schaute auf die Uhr.

„Sagen Sie, Herr ...“, er stockte.

„Benson, Jack Benson“, ergänzte der andere.

„Herr Benson, wie komme ich am raschesten nach der Bowery? Ich soll um 2 Uhr einen Freund treffen.“ Und er nannte die genaue Adresse.

Benson blickte ihn erstaunt an.

„Kennen Sie Goster?“

„Nein, aber mein Freund wohnt bei ihm, Brian O'Keefe.“

„O'Keefe, den kenne auch ich.“ Benson wollte anscheinend noch etwas hinzufügen, schwieg dann aber und erklärte Mannister nur, wie er am raschesten in die genannte Straße gelangen könnte.

Als die beiden Männer voneinander Abschied nahmen, war Mannister zumute, als sollte er einen Freund verlieren.

„Ich käme gern wieder mit Ihnen zusammen, Herr Benson. Wollen Sie mir Ihre Adresse geben?“

Benson zögerte einen Augenblick, erwiderte dann lachend: „Eigentlich habe ich keine Adresse.“

„Sie sind ... Sie haben ...?“

„Ich liebe die Abwechslung, übernachte nicht gerne zweimal im selben Hause.“ Er bemerkte Mannisters Verblüffung und fügte hinzu: „Nein, ich bin nicht verrückt, beruhigen Sie sich. Es gibt allerlei seltsame Dinge in unserem Lande der Freiheit. Lassen Sie sich von O'Keefe darüber unterrichten. Und geben Sie mir Ihre Adresse; wenn ich es kann, werde ich Sie aufsuchen.“

Mannister nannte den Namen seines Hotels.

„Ich bleibe aber höchstens noch eine Woche hier“, erklärte er, „fahre dann heim, nach unserer alten Farm in Süd-Dakota.“

„Süd-Dakota! Ich werde gegen Ende des Monats in Ihrer Nähe sein, in Minnesota. Vielleicht treffen wir uns dort. Auf Wiedersehen.“

Mannister ahnte nicht, unter welch seltsamen Umständen das Wiedersehen stattfinden sollte.

Er bestieg die Hochbahn und fuhr nach der Bowery.

Durch die elenden Straßen des Armenviertels schreitend, gedachte er des Eindrucks, den noch vor wenigen Stunden die Straßen der Reichen in ihm erweckt hatten: Neuyork, die reichste Stadt der Welt. Diese engen schmutzigen Gassen betrachtend, die verwahrlosten Frauen, die schmutzigen Kinder, den schweren Gestank einatmend, sagte er zu sich: Neuyork, die elendste, die ärmste Stadt der Welt.

Unklar fühlte er, dieses Neuyork müsse so sein, damit das andere, das glänzende, das goldene Neuyork bestehen könne. Das Schönheitsmittel fiel ihm ein, und nun erinnerte er sich auch der Tatsache, daß er im eleganten Viertel keine einzige alte Frau gesehen hatte. Die „Damen“, die im Auto an ihm vorübergefahren oder zu Fuß vorbeigegangen waren, sahen alle wie junge Mädchen aus. Hier dagegen! Frauen, die ganz kleine Kinder in den Armen hielten, erschienen wie schlecht erhaltene Vierzig- und Fünfzigjährige, mit eingefallenen Wangen, trüben Augen, verdorbenen Zähnen, und selbst den jungen Mädchen fehlte jegliche Frische. Versonnen ging Mannister weiter. Ein unklares Schuldgefühl begann ihn zu quälen. „Ich hatte nicht das Recht, sechs Jahre lang fern von der Welt und ihren Problemen zu leben“, dachte er bei sich. „Freilich war ich noch jung und unerfahren, als ich mich der Expedition anschloß. Aber ich wußte dennoch um die Ungerechtigkeit unseres wirtschaftlichen Lebens.“ Und er gedachte der Universität, gedachte des Professors, der fortgetrieben wurde, weil er zu „radikal“ war. Damals war Mannister der einzige gewesen, der gegen das Vorgehen des Kuratoriums protestierte; er hatte die einzelnen Mitglieder aufgesucht und wäre sicherlich relegiert worden, hätte ihn nicht sein Onkel Henry Bright, der gewissermaßen durch seinen Syndikus im Kuratorium vertreten war, vor diesem Schicksal bewahrt. Dann hatte ihn das große Abenteuer der Expedition verlockt; trotz Leiden, Entbehrung und Mißerfolg hatte er sechs Jahre verbracht.

In der letzten Zeit freilich hatte er sich immer mehr heimgesehnt, nach dem Vater, nach Amerika. Und nun war er wieder hier — der Vater lebte nicht mehr, und Amerika ... Ja, er hat unrecht gehandelt, hat nicht sein Teil zum Fortschritt der Menschheit beigetragen. Was bedeutet die Entdeckung des Nordpols in einer Welt, wo es solche Straßen gibt wie die Bowery? Plötzlich fiel ihm der Geheimagent ein. Er lachte, der Kerl hatte ein dermaßen verblüfftes Gesicht gemacht, als Mannisters Faust mit seinem Kinn in Berührung kam! Fred Mannister freute sich plötzlich seiner Kräfte; er ahnte, daß er sie im Kampf gegen das Amerika der Reichen und Spitzel gut gebrauchen könne.

O'Keefe war nicht daheim, hatte einen Zettel zurückgelassen, Mannister möge ihn um 4 Uhr in seinem Hotel erwarten.

Müde und verstimmt strebte Mannister heim.

Unterwegs begegnete er einem Zug der Heilsarmee; voran zwei junge Mädchen mit Tambourinen, die einen Choral sangen. Niemand beachtete sie, nur Mannister blieb einen Augenblick stehen. Da trat das junge Mädchen auf ihn zu und fragte salbungsvoll: „Wollen Sie Ihre Seele retten, mein Bruder? Kommen Sie zu Jesus. Jesus streckt Ihnen vom Kreuz die Arme entgegen.“

Sie drückte ihm einen Zettel in die Hand und entfernte sich. Mannister betrachtete den purpurroten Zettel; auf der einen Seite stand mit Goldbuchstaben geschrieben: „Komme zu Jesus“, auf der anderen aber stand: „Jesus liebt Dich. Liebt Dich so sehr, daß er nicht nur Dein ewiges, sondern auch Dein irdisches Glück will. Was aber ist Glück? Jugend und Schönheit. Verlangt es Dich nach ewiger Jugend und Schönheit? Dann kaufe EJUS! In allen Drogerien erhältlich. Preis der Dose 75 Dollars. (Forts. folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260105-17/fragment/page=0003

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107001. Arnt Gämlich, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis. Ortsbureau Telephonruf 8237

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Plemitz. Mittwoch, 6. Januar, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus" Generalversammlung. Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht aller Genossen, zu erscheinen. Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Giebichenstein(?) Außerordentliche Funktionärsitzung Dienstag, 5. Januar, abends 8 Uhr, im Gasthof. Vertreter der BL. ist anwesend. Alles muß pünktlich erscheinen.

Löbejün. Mitgliederversammlung Mittwoch, 6. Januar, abends 8 Uhr, im „Schwarzen Adler".

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Mücheln. Mitgliederversammlung Donnerstag, 7. Januar, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus". Alles muß erscheinen.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Eisleben. Mitgliederversammlung Sonnabend, 9. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal „Beinhorn". Referent ist anwesend.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Hohenleipisch. Mitgliederversammlung Donnerstag, 7. Januar, abends 8 Uhr, im Gasthof. Wichtige Tagesordnung. Referent von der BL. ist anwesend.

Belgern. Mitgliederversammlung Sonnabend, 9. Januar, abends 8 Uhr. Tagesordnung: Parteiangelegenheiten. Alles muß restlos erscheinen und die Gelder der verkauften Partei-in-Not-Marken mitzubringen.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Gröben-Runthal. Mitgliederversammlung Sonntag, 10. Januar, abends 7 Uhr, im Gasthof zu Runthal. Referent von der BL. ist zur Stelle. Alles muß deshalb bestimmt erscheinen.

Kein Genosse darf die CT.- und Ufa-Lichtspiele besuchen. Führt den Boykott scharf durch!

Versammlungen der Roten Hilfe

Delitzsch. Mittwoch, 6. Januar, im „Lindenhof" Funktionärsitzung.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Gausekretariat: Arthur Brandt, Halle, Große Klausstraße 10 (Laden). Geöffnet: Wochentags 8 bis 10 Uhr und 3 bis 5 Uhr. Mittwochs und Sonnabends von 8 bis 10 Uhr und 3 bis 8 Uhr. Jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr.

Ortsgruppe Halle

Zur Vorbereitung der Generalversammlung finden im Laufe dieser Woche in allen Bezirken Funktionär- bzw. Mitgliederversammlungen statt. Jeder Kamerad ist verpflichtet, an denselben teilzunehmen.

Alle Funktionäre Dienstag, 5. Januar, abends 8 Uhr, im „Volkspark" große Sitzung. Ortsvorstand eine Stunde vorher.

Untergau Saalkreis

Ammendorf. Freitag, 8. Januar, „Burgschlößchen" Mitgliederversammlung. Karten mitbringen.

Reideburg. Freitag, 8. Januar, Mitgliederversammlung in Büschdorf bei Bauermann. Mitgliedskarten mitbringen.

Zabenthurm. Sonntag, 10. Januar, nachmittags 3 Uhr, Gasthof Petersdorf Mitgliederversammlung. Erscheinen ist Pflicht. Mitgliedskarten sind mitzubringen.

Untergau Merseburg

Lützen. Sonnabend, 9. Januar, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten" Generalversammlung.

Lauchstädt. Freitag, 8. Januar, abends 8 Uhr, im Gasthof „Stadt Leipzig" außerordentliche Generalversammlung. Nichterscheinen zieht Ausschluß nach sich. Mitgliedskarten nicht vergessen.

Dürrenberg. Freitag, 8. Januar, bei Mennicke („Stadt Leipzig") Pflichtversammlung. Bericht von der Untergaukonferenz.

Untergau Schleuditz

Radefeld. Sonnabend, 9. Januar, 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Gasthof Freiroda.

Untergau Mansfeld (Gebirgskreis)

Die Ortsgruppen des Untergaues beteiligen sich an der Massenkundgebung gegen den Fürstenraub in Hettstedt.

Hettstedt. Die Ortsgruppe beteiligt sich geschlossen mit Spielmannszug an der Massenkundgebung. Antreten ½2 Uhr aller Bezirke und Spielmannszug im „Hohenzollernpark".

Untergau Bitterfeld

Bitterfeld. Mittwoch, 6. Januar, Mitgliederversammlung im „Gesellschaftshaus". Alles erscheinen, weil wichtige Tagesordnung. Karten wegen Abgabe mitbringen.

Untergau Wittenberg

Wittenberg. Mittwoch, 6. Januar, ½8 Uhr, bei Freudenberg Generalversammlung. Funktionäre eine Stunde früher. Karten mitbringen.

Wittenberg. Freitag, 8. Januar, ½8 Uhr, bei Freudenberg Ueben des Spielmannszuges.

Untergau Delitzsch

Zschortau. Sonnabend, 9. Januar, 8 Uhr, bei Sonntag Mitgliederversammlung.

Untergau Torgau-Liebenwerda

Torgau. Donnerstag, 7. Januar, abends 8 Uhr, Versammlung in der Waldschenke.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Dienstag, 5. Januar, 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus" Funktionärsitzung.

Weißenfels. Mittwoch, 6. Januar, 7 Uhr, Antreten am Rosalskyweg zum Empfang des Kameraden Rühl.

Weißenfels. Mittwoch, 6. Januar, große öffentliche Versammlung. Alles erscheinen.

Untergau Zeitz

Alle Ortsgruppen des Untergaues haben sich an der am Sonntag, dem 10. Januar, stattfindenden Demonstration geschlossen zu beteiligen. Marschanzug. Treffpunkt vormittags 10 Uhr Oettlers Brauerei.

Zeitz. Sonnabend, 9. Januar, abends 8 Uhr, in der „Herberge" Funktionär- und Vorstandssitzung.

Zeitz. Sonntag, 10. Januar, vormittags 10½ Uhr, Antreten zur Demonstration an Oettlers Brauerei. Das Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht.

Jeder Kamerad des RFB. und RJ., der die CT.- und Ufa-Kinos besucht, schließt sich laut Beschluß einer großen Funktionärsitzung aus der Organisation aus

Am Mittwoch, dem 6. Januar bleibt die Volksbuchhandlung Merseburg, Markt 7, wegen Inventur geschlossen

---

Stadt-Theater

Heute Dienstag 7½ Uhr
„Der Orlow"
Ende 10½ Uhr

Mittwoch 7½ Uhr
„Intermezzo"

Donnerstag 7½ Uhr
Verkaufte Braut

Freitag 7½ Uhr
Jngeborg

Die Zahlung der 2. Rate für die städt. Sinfonie-Konzerte wird bis 9. Januar entgegengenommen.

Walhalla

Dir. P. Blüthgen
8 Uhr   Tel 8385

Endlosen Beifallsjubel
erzielt allabendl. die entzückende

Anneliese von Dessau

Operette in 3 Akt. von R. Winterberg

Gewöhnl. Preise 0,60 bis 5,00 Mk.

Tageskasse ab 11 Uhr

Junger Mann sucht 150 Mk. Rückzahlg. gegen Vereinbarung. Off. unter Nr. 46 an Verlg. Klassenkampf

---

Verband der ausgeschl. Bauarbeiter

Bezirksverein Halle

Mittwoch, den 6. Januar, abds. ½8 Uhr, im **„Volkspark"**:

Mitgliederversammlung

Tagesordnung:

1. Die praktische Durchführung d. Verbandstagsbeschlüsse
2. Verbandsangelegenheiten 43

Kollegen, die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert vollzähliges Erscheinen

Der Vorstand J. A.: Alfred Bandermann

Ledersohlen
Gummiabsätze
billig bei 11
Wilh. Kranig
Neue Promenade 15

Tausch!
Stube, Kammer, Küche u. Zubehör in Mötzlich gegen gl. od. größere Wohnung in Halle zu tauschen ges. Umz. w. vergütet. Off. u. 30 an Verl. Klassenkampf

---

Einfach
möbl. Zimmer
v. Genossin (Dauermieter) per sofort gesucht. Näh. Walhalla bevorzugt. Angebote unt. Nr. 40 an d. Verlag Klassenkampf

---

Kleine Anzeigen
haben im Klassenkampf
Große Wirkung!

Zentralverband d. Zimmerer Deutschlands

Zahlstelle Zeitz und Umgegend

Freitag, 8. Januar, nach Arbeitsschluß im Restaurant Wagner (Voigtsmauer):

Generalversammlung

Wahl der Delegierten zum 24. Verbandstag

Die Zeit ist so eingerichtet, daß jeder sein Wahlrecht ausüben kann.

— Erscheinen aller ist Pflicht —

20 **Der Vorstand**

Bekanntmachung

Schlachtehaus

Der Zuschneider **Artur Bernhardt**, hier, beabsichtigt auf seinem Grundstück, Dübener Straße 2, ein Schlachtehaus zu errichten.

Einwendungen hiergegen sind binnen 14 Tagen schriftlich in doppelter Ausfertigung an uns einzureichen oder zu Protokoll anzubringen. Nach Ablauf dieser Frist können Einwendungen nicht mehr gemacht werden. Zeichnung und Beschreibung der Anlage können im Rathaus, Zimmer Nr. 6, eingesehen werden. *38

Gleichzeitig wird zur mündlichen Erörterung der rechtzeitig erhobenen Einwendungen Termin auf

Mittwoch, den 20. Januar 1926, vormittags 10 Uhr, im Rathaus, Zimmer Nr. 5

anberaumt.

Die etwaigen Einwendungen werden auch erörtert, wenn der Unternehmer oder die Widersprechenden nicht erscheinen sollten.

Delitzsch, den 31. Dezember 1925

Der Magistrat

Wiener-Lichtspiele Piesteritz

Das große Abenteurer-Programm
Dienstag bis Donnerstag 12 Akte!

Die Frau aus den Wolken

6 Akte mit **Elaine Hammerstein und Hallam Cooley**

Frau Schlange!

6 Akte mit **Uschi Elleot, Ed. Winterstein, Ressel Orla, Leopold v. Ledebour**
Paul Heidemann

Anfang 8 Uhr   Anfang 8 Uhr

Achtung!   **Achtung!**

Geschäftseröffnung!

Freitag, den 8. Januar eröffne ich in **Neumarkt Nr. 42** neben Gasthof „Zur Linde" eine **Verkaufsstelle** für *39

Roßfleisch u. Wurstwaren

Ich mache ganz besonders darauf aufmerksam, daß ich nur das Beste bringen werde. Allen Wurstwaren ist stets frisches Schweinefleisch zugesetzt. Um gütigen Zuspruch bittet

K. Goßmann, Apolda

Bekanntmachung

Am schwarzen Brett im Wagegebäude (Marktplatz 24) befindet sich eine Bekanntmachung betreffend die Feststellung eines neuen Bebauungs- und Höhenplanes für das von der Burgstraße, dem Amtsgarten, Zoologischen Garten, der Platanen-, Seydlitz-, Gutjenau-, Große Brunnen- und Gabelsbergerstraße umschlossene Stadtgebiet 42

Halle, den 4. Januar 1926   **Der Magistrat**

Klassenkampf Leser kaufen nur bei Klassenkampf Inserenten

ff. hausschlacht. Wurstwaren
sowie sämtliche
Kolonialwaren
kaufen Sie billigst bei
J. Wetzelt, Weißenfels
Zeitzer Straße 29

Gasthof „Roter Löwe"
Weißenfels
Stadtbekannte Küche
Gutgepflegte Biere
Eigene Schlachtungen

Mücheln
Agnes Drewes
Spezial-Haarschneidehaus
mit elektrischem Betrieb
empfiehlt in größter Auswahl Kosmetische- u. Toilette-Artikel, Parfümerien und Seifen, Hautkrem und Zahnpasta usw., z. T. unter Tagespreis
Groß. Umsatz
kl. Nutzen

Empfehle mein reichhaltiges Lager in:
Hüten, Mützen, Hosenträger, Regenschirmen, Stoff- und Lederhandschuhen, Damen-Strümpfen, und Herren-Socken sämtl. Herrenwäsche usw. usw.
zu billigsten Preisen
Erich Hirsch
Weißenfels-Neustadt

Kauft bei **Förderung**
Zeitz, Neumarkt
Kleiderstoffe, Baumwollwaren, Wäsche
Auffallend billige Preise

M. Hart & Co.
Neumarkt 10   **Zeitz**   Neumarkt 10
Manufaktur- u. Modewaren :: Wäsche
Damen- u. Herren-Konfektion :: Arbeiter-Garderobe
Große Auswahl!   Billige Preise!

Fahrräder, Nähmaschinen
Sprechapparate, Schallplatten
nur die besten Fabrikate
zu außergewöhnlich billigen Preisen
Fr. B. Weiss
Wittenberg, Markt 5
Zschornewitz, Kolonie

Für den Winter!
Wollwaren
Trikotagen, Strümpfe
Handschuhe
Großes Lager   Solide Preise
C. Kuntz Nachf.
Herm. Müller & Sohn
Piesteritz

Kaufen
Sie
Strümpfe
nur bei
Strumpf-Löchl
Zeitz   Zeitz
Neumarktstraße

Fahrräder
Ersatzteile
Reparaturen jed. Art
Emaillier- und Vernicklung
Rud. Gundlach
Weißenfels
Lagewerbener Straße 1

Weißenfels
„Zur Weste"
Jeden Freitag u. Sonnabend
ff. Salzknochen
Unterhaltungsmusik

Empfehle meine prima
hausschlachtenen
Fleisch- u. Wurstwaren
Pennerts Fleischerei
Weißenfels, Kubastraße 4
und Marktstand

Bitterfeld   Bitterfeld
Gesellschaftshaus
Jed. Sonnabend u. Sonntag
Großer Ball
bei nur gutbesetztem Orchester
Treffpunkt aller Arbeiter und Arbeiter-Sportvereine

Felle aller Art, auch Schafwolle kauft
Leipziger Felleinkaufszentrale
Zeitz, Roßmarkt 14, Eing. Kramerstr.

Kleine Anzahlung   Leichte Abzahlung
Auf Teilzahlung
bei sofortiger Mitnahme des Gegenstandes erhalten Sie
sämtl. Damen- u. Herren-Garderobe
Bett-, Leib- und Tisch-Wäsche
sowie Schuhwar. i. jed. Ausführung
im
Zeitzer Manufakturwaren-Kredithaus
Altmarkt 8, Hof rechts
(Hotel Herold) Zeitz
Kunden, die ihr Konto beglichen haben, brauchen keine Anzahlung zu leisten

---

ff. Fleisch- u. Wurstwaren
empfiehlt
L. Vogler
Rind- und Schweineschlächterei
Weißenfels
Merseburger Str. 22

J. Israel, Wittenberg
Collegienstraße 6
wie bekannt zu billigen Preisen
Herren- und Knabengarderoben und Arbeitskleidung

„Stadt Leipzig" Merseburg
Neumarkt 46   Neumarkt 46
Täglich kräftigen preiswerten
Mittagstisch im Abonnement
sowie gut gepflegte Getränke
Um regen Zuspruch bittet   **Max Reimelt**

Lebensmittel, hausschlachtene Wurstwaren, selbsteingel. Senf-, Pfeffer- und Salzgurken
Ww. E. Gutjahr, Zeitz
Schädelstraße 15

Prima
hausschlacht. Wurstwaren
empfiehlt
Franz Körner, Fleischermeister
Weißenfels, Kubastraße 5

Mäntel-Meyer
Bitterfeld, Kirchstraße 10
hat stets die größte
Auswahl in:
Damen-Bekleidung

Teilzahlung! bei sofortig. Auslieferung d. Ware
Herren- und Damen-Konfektion
sowie **Wäsche aller Art** kaufen Sie am vorteilhaftesten bei
Rich. During, Zeitz
Kein Laden!   Mittelstraße 6   Kein Laden!

Paul Winter, Wittenberg
Collegienstr. 71, Fernruf 628
Spezialgeschäft für feine Offenbacher Lederwaren
Eigene Anfertigung von Aktenmappen, Büchertasch., Schultornister, Fußbälle, Einkaufsbeutel, Marktkaich., Mustertaschen, Frühstückstaschen, Sportgürtel
Sämtliche Reparaturen werden schnellst. ausgeführt

Richard Hirschfeld
Wittenberg
Herren- u. Knaben-Modenhaus
Collegienstraße 22 u. Mittelstraße 56

Pa. Weizen- u. Roggenmehl
Futtermittel und Hülsenfrüchte
empfiehlt
Fritz Schliski
Weißenfels, Merseburger Str. 26

Da **Fabrik-**
Niederlagen, kaufen Sie
Möbel auf Teilzahlung
billigst und gut
Vertreter Th. Janosch
Zeitz, Judenstraße 2

Franz Roming & Söhne
Kemberg   Piesteritz
Hausgeräte, Geschenkartikel, Fahrräder
Reparaturwerkstatt

Am vorteilhaftesten kauft man
Damen-, Herren- u. Arbeiter-Bekleidung
im Möbel- u. Warenhaus
J. Praminger
Wittenberg, Jüdenstr. 7
Stets auf Lager: Wohn- u. Küchenenrichtungen
einzelne Möbelstücke

Bitterfeld
Central-Fleischhalle
(Stadt Berlin)
Täglich
pa. Gefr.-Ochsenfleisch
pa. Schweinefleisch
sowie alle Sorten Wurst in nur guten Qualität.
zu äußerst. Tagespreisen

Schuhwarenlager
Liesbeth Löchel
Piesteritz, Mühlstraße
Empfehle meine preiswerte
Schuhwaren
Eigene Maß- und Reparatur-Werkstatt

Herren-Anzüge, Wint.-Mäntel, Joppen, Kind.-Anzüge, Knab.-Mäntel zu extra billigen Preis. auch auf Teilzahlung
Alfons Günther
Piesteritz   Wilhelmstraße 26

Flora-Drogerie
Hermann Gasch
Weißenfels, Merseburger Str. 24
Farben / Verbandsstoffe
Seifen

Farben, chem. reinigen, dekatieren, plissieren, Hüte umpressen, rasch und billig bei fachmänn. Bedienung
Färberei Bötting, Zeitz
Laden: Wendischer Berg 1
Fabrik: Gartenstr. 1 u. 2
Telephon 291

Luisen-Bad
Weißenfels
Geöffnet von 8—8 Uhr

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260105-17/fragment/page=0004

Aus den Betrieben

Zur Zellenwoche im Januar

Die Umstellung der Partei auf Betriebszellen ist, das muß offen ausgesprochen werden, bei uns **noch nicht restlos durchgeführt.** Alte Traditionen, zum **Teil auch organisatorische Mängel haben** diesen Umbau, der **keineswegs nur eine organisatorische** Angelegenheit, sondern **dringende politische Notwendigkeit** ist, in unserem Bezirk nur stockend vorwärts kommen lassen. Um so mehr müssen die für Anfang Januar für den ganzen Bezirk, das heißt also für jede einzelne Ortsgruppe angesetzten Zellentage, dazu helfen, daß die alte Distrikteinteilung zugunsten einer restlosen Erfassung der Parteimitgliedschaft in Betriebs- oder Straßenzellen aufgehoben werden kann und das Gesicht aller Parteiveranstaltungen ein grundlegend neues wird.

Auf der Tagesordnung stehen deshalb auch diesmal noch Fragen des Zellenaufbaus, der Kassierung, der restlosen Erfassung der Parteimitglieder in den Zellen, Wahlen der Leitungen usw. Wo diese Dinge bereits erledigt sind, aber auch dort, wo solche organisatorischen Angelegenheiten noch der Erledigung harren, darf in der Januar-Zellen-Woche unter keinen Umständen zu kurz kommen die weitere, von der BL. festgesetzte Tagesordnung: Behandlung der nächstliegenden politischen und gewerkschaftlichen Aufgaben: **Konkrete Stellungnahme zu den Stillegungen und Entlassungen; Vorbereitung der Ortsverwaltungswahlen der Gewerkschaften und der Partei-Gewerkschaftswoche vom 10. bis 16. Januar; Werbekampagne für die freien Gewerkschaften; Vorbereitung der für Ende Januar festgelegten Werbekampagne für Partei und Presse.** Letzteres z. B. bedeutet die Verteilung von bestimmten Korrespondenzen an die Zeitung, Vorherbestellung einer größeren Anzahl der betreffenden Zeitungs-Nummer für den betreffenden Betrieb, Organisierung der Zeitungsverteilung in oder vor den Betrieben (Mithilfe der Straßenzellen!).

Die reichhaltige Tagesordnung erfordert eine sehr konzentrierte, disziplinierte Versammlung und von der Zellenleitung eine sehr gute Vorbereitung. Es wäre äußerst wertvoll, wenn die Erfahrungen der Zellenwoche in einer Weise, die auch die Nicht-Parteimitglieder zu aktiver Arbeit anspornt, durch die Arbeiterkorrespondenten im „Klassenkampf“ nutzbar gemacht würden.

Ein agrarischer Neujahrsglückwunsch

(Arbeiterkorrespondenz)

Am 1. Januar wurde der gesamten Landarbeiterschaft auf dem **Gute des Besitzers Landmann in Lönnewitz (Kreis Liebenwerda)** eine Ueberraschung zuteil. Da am 1. Januar der „gnädige Herr“ zugleich Geburtstag hat, entschlossen sich die Landarbeiter, ihm persönlich die doppelten Glückwünsche zu überbringen. Alles war schön und gut, bis der „Gnädige“ folgendermaßen anhub:

„Also, ich freue mich darüber, und da Ihr nun alle gleich beisammen seid, so will ich Euch gleich mitteilen, daß es **mit den bisherigen Löhnen nicht so weiter gehen kann.** Die Preise für Getreide sind so niedrig, daß ich die Löhne nicht mehr zahlen kann. Ich muß da auch runtergehen, sonst kann ich nicht mehr bestehen. Ich kann Euch **nur noch die Hälfte** in Zukunft geben. Wer das nicht will, der kann gleich seine Karte mitnehmen.“

Erschreckt, den Hut unter dem Arm, schlichen die armen Agrarsklaven davon.

Ob sie nun einfach solchen Lohnabbau dulden wollen? Ob sie sich nicht erinnern, wie oft sie sich schon von der „Not der armen Landwirte“ haben betören lassen, und daß nur der Kampf gegen diese Parasiten den Weg zur Gesundung, zum Aufstieg freimacht?

Kollegen, **kehrt zurück in den DLV.** und setzt Euch durch Eure Organisation geschlossen zur Wehr. Ihr könnt doch nicht, ohne Euch zu wehren, im Elend versacken wollen!

Was geht auf Grube Rieser, Amsdorf, vor?

(Arbeiterkorrespondenz)

Vor einem Vierteljahr wurde, wie damals auch der „Klassenkampf“ berichtete, der Betriebsratsvorsitzende unserer Grube fristlos entlassen. Grund: Verstoß gegen die Bergpolizeivorschriften, weil er mit der Produktenförderung herausgefahren war. Kollege Gehler mußte aber sofort wieder eingestellt werden, weil einwandfrei festgestellt wurde, daß nicht nur Gehler, sondern auch viele andere auf demselben Wege ausgefahren waren. Der bekannte Zwanzig vom Rieser, bekannt durch seinen ungeheuren Haß gegen die Arbeiterschaft, fand aber keine Ruhe. Er wollte Gehler endgültig beseitigen. Es erschien also der Bergrat Schwager vom Bergamt Halle-West, um Teile der Belegschaften in Gegenwart des Betriebsführers Zwanzig zu verhören. Dadurch ist zu verzeichnen, daß der größte Teil der Arbeiter nicht den Mut fand, die Beamten zu belasten. **Es steht aber einwandfrei fest, daß sämtliche Steiger und Fahrsteiger jahrelang dauernd Arbeiter mit der Produktenförderung rausgenommen haben.** Deshalb können wir es nicht verstehen, daß es gerade der Betriebsratsvorsitzende Gehler und der Betriebsrat Lenk sein müssen, die der Wut dieses Zwanzig zum Opfer gefallen sind, die nun von der Staatsanwaltschaft zu einer Strafe verurteilt wurden.

Wir fragen hiermit öffentlich den Herrn Bergrat Liebenau, warum er eine derartige Untersuchungsmethode zugelassen hat, da doch sämtliche Beamte genau dasselbe getan haben, was Gehler und Lenk zur Last gelegt wird. Wenn man diese beiden bestraft, so müßten alle verantwortlichen Beamten bestraft werden. Wenn eine Untersuchung eingeleitet würde, ohne die Zeugen der Beeinflussung des bekannten Zwanzig auszusetzen, würde anderes zutage treten.

Kollegen vom Rieser! Endlich ist es Zeit, aufzuwachen aus dem Schlafe und dieser Gesellschaft die Zähne zu zeigen. Ihr seht, daß Ihr rücksichtslos aufs Straßenpflaster geworfen werdet, wo Ihr heute noch denkt, Ihr würdet nicht entlassen, wenn Ihr das tut, was die Beamten für sich für gut befinden. Schließt Euch zusammen in der **roten Klassenfront!**

Wie lange soll es so weitergehen?

Grube Elisabeth, Mücheln

Die Feiertage sind nun vorbei. Die Direktion hatte Erbarmen mit hungernden Proleten. Am zweiten Weihnachtsfeiertag mußte laut Anschlag die ganze Werkstatt arbeiten. Zwei Wochen vorher waren 15 Mann entlassen wegen Arbeitsmangels! Einen dritten Feiertag gab es nicht, und am 24. Dezember und Silvester wurde von 6 bis 12 und von 12 bis 6 Uhr gearbeitet. Kumpels von außerhalb, die Nachtschicht gemacht hatten und von 12 bis 6 Uhr arbeiten mußten, zogen es vor, gar nicht erst nach Hause zu gehen, denn sie hätten, zu Hause angekommen, guten Morgen sagen und gleich wieder zurückgehen müssen. **Also waren sie nachmittags um 4 Uhr auf Arbeit gegangen und kamen den anderen Tag abends um 8 Uhr wieder nach Hause.**

Noch toller war es am 3. Januar, wo wieder durchgearbeitet wurde. Kumpels, die früh um 6 Uhr anfangen und abends um 6 Uhr aufhören, mußten da bis ½11 Uhr warten, bis der Zug ging. Der Oberproletenschinder Weidig verlangte deshalb, daß sie bis 10 Uhr arbeiteten, damit die Knochen nicht etwa steif werden wie bei einem alten Droschkengaul, wenn er still steht. Also von früh 4 Uhr zu Hause weg bis abends 12 Uhr und dann wieder früh um 4 Uhr auf Arbeit! Das sind die Feier- und Sonntage für einen Proleten, an denen auch er sich erholen soll. Das sind Arbeitszeiten in der Republik, die von Arbeiterführern verherrlicht wird!

Kumpels! Gebt selbst ein Urteil: Können solche unmenschlichen Verhältnisse so weiter gehen? Sollen wir den letzten Blutstropfen dem Kapital ausliefern? Nein und abermals nein! Weg mit der Flauheit! Lest die Arbeiterpresse und werdet jeder einzelne wieder ein Kämpfer gegen das Kapital. Kämpft um den Achtstundentag.

Die Folgen der Stillegungen

Völliges Hungerdasein der Mansfeld-Kumpels

Was man in den Zeitungen schon vor längerer Zeit schrieb, ist in Erfüllung gegangen, man hat den **Kalischacht Ernsthall in Wansleben stillgelegt** und hat **70 Mann nach dem Wolfschaft Eisleben verlegt,** darunter auch einige Verheiratete. Damit nun die Kumpels auch pünktlich an der Arbeit sind, hat man **die Baracken in Helfta als Schlafquartier eingerichtet.** Der Verheiratete muß also bei den enormen Löhnen bei der Mansfeld A.-G. **nun auch noch doppelten Haushalt führen!** Wie die Kumpels dabei herunterkommen, kann sich jeder Nachdenkende also klarmachen.

Ihr Kumpels selber, reiht Euch in die rote Front ein und **kämpft gegen die Betriebsstillegungen.** Tretet in den **BAV.** ein und helft dort den notwendigen Kampf organisieren!

Lehrlingsausbeutung

Willi Sickel, G. m. b. H., Halle

Bei der Firma **Willi Sickel, GmbH.,** Wielandstraße 27, wird eine **Lehrlingszüchterei übelster Sorte** betrieben. Es sind dort 9 Lehrlinge und 1 Geselle beschäftigt. Die Lehrlinge stehen noch nicht einmal unter der Leitung eines fachkundigen Meisters. Daß bei solchen Verhältnissen kein Lehrling etwas lernen kann, braucht wohl nicht erst erörtert zu werden. Die Lehrzeit beträgt vier Jahre. In der Bude hängt ein Schild, auf dem 48stündige Arbeitszeit vermerkt ist, **aber vom Achtstundentag hat noch kein Lehrling etwas gesehen.** Die Lehrlinge sind sogar verpflichtet, Ueberstunden zu machen, anderenfalls müssen sie die Konsequenzen ziehen. Es kommen täglich etwa 12 Stunden heraus. **15 Stunden sind aber auch keine Seltenheit.** Jede Voraussetzung für eine gute Ausbildung der Lehrlinge fehlt. Die tägliche Beschäftigung ist Auto- und Motorradputzen und Wegelaufen. **Der Lohn beträgt im ersten Jahr 2 Pf., im zweiten Jahr 3 Pf., im dritten Jahr 4 Pf. und im vierten Jahr 5 Pf. die Stunde.**

Die Firma Sickel ist im „Klassenkampf“ noch nicht genannt **worden. Es herrschen dort aber Zustände, die an die Oeffentlichkeit** gehören. Die obigen Angaben sind genau geprüft und jederzeit zu verantworten.

Mord oder Unglück?

In kurzer Zeit fünf Todesfälle bei der Bubiag

Auf den Gruben der **Bubiag,** Leitung Direktor Julius Geiger, kommen die tollsten Sachen vor. Kaum war der zerquetschte Lokomotivführer Hinzer aus Lindenau ins Krankenhaus eingeliefert, da erlitt der Elektromonteur Karl Miersch einen schweren Unfall, an dessen Folgen er kurze Zeit darauf starb. Hinzer war beim Rangieren zwischen die Puffer zweier Waggons geraten, die ihn innerlich zerquetschten. Wer das Rangieren auf **Brikettfabrik Emanuel** schon gesehen hat, muß sich wundern, daß hier nicht noch viel mehr Unglücksfälle vorkommen. — **Karl Miersch** war mit einigen Kollegen damit beschäftigt, neue Masten zu setzen. Dabei wurde er **von einem umfallenden Mast erschlagen.**

Kaum sind diese beiden Opfer zu Grabe getragen, da kommt die Nachricht, daß die beiden Arbeiter Baumann und Richter aus Zschornegosda resp. Wandelhof **von einem Kohlenzuge überfahren** wurden. Beide waren mit Reparaturen an den Gleisen beschäftigt, und zwar in den frühen Morgenstunden (vielleicht war es noch finster). Durch das Getöse eines vorbeifahrenden Abraumzuges bemerkten sie nicht einen herannahenden Kohlenzug und wurden von diesem erfaßt. **Baumann war sofort tot, Richter wurde mit sehr schweren Verletzungen ins Lauchhammer Krankenhaus gebracht.**

Die Stelle, an der die beiden Arbeiter beschäftigt waren, ist sehr gefährlich. Die Abraumzüge, die dort die Weichen passieren müssen, sind meistens von derart schlechter Verfassung, daß sie einen mächtigen Spektakel beim Fahren machen. Das Gleis, an dem beide gearbeitet haben, wurde in der fraglichen Zeit benutzt. **Ist das Leichtsinn oder den Vorschriften entsprechend?** — Auch müßte hier mindestens jemand dabeistehen, der im Falle von Gefahr sofort ein Zeichen gibt. Ob hier von irgendeiner Seite Fahrlässigkeit vorliegt, werden wir noch feststellen. Fest steht, daß bei der Bubiag, unter Leitung des Herrn Julius Geiger, ein System Platz gegriffen hat, das jeder Beschreibung spottet. Die Vorgesetzten in ihrer großen Mehrzahl sind tüchtige Antreiber und Stahlhelmer, aber vom Betrieb haben sie häufig keine Ahnung. Ja, Herr Geiger, einen Betrieb zu leiten, dazu gehören Fachleute und keine Hurraschreier und Schmuser! Daß solche Leute dann ihr Heil im brüllen und schikanieren suchen, ist leicht erklärlich. — **Vor Jahren, als es noch freie gewerkschaftliche Betriebsräte bei der Bubiag gab** (heute nicht!), herrschte in Punkto Sicherheitsmaßnahmen und sozialen Einrichtungen noch etwas Ordnung; aber die gelben Sumpfblumen haben dafür kein Interesse.

Am Sonntag, dem 27. Dezember, kam **der Arbeiter Baudisch aus Naundorf der Hochspannung zu nahe und wurde auf der Stelle getötet.** Hier wird fast jeden Sonntag durchgearbeitet, nur um des Profites willen. — In anderen Gegenden werden die Bergarbeiter dafür auf die Straße gesetzt!

Aber nicht nur Grube Emanuel, auch die anderen Gruben, die unter Leitung des Herrn Julius Geiger stehen, haben Unglücksfälle zu verzeichnen. So wurden kürzlich **dem Arbeiter Niemayer beide Beine abgefahren, woran er starb.**

Arbeiter der Bubiag! Soll das so weitergehen? Habt Ihr nicht wirklich Beweise genug, daß **nur der Kampf gegen das mörderische kapitalistische System** Euch als Ausweg und Waffe bleibt? Tretet ein in die freien Gewerkschaften und jagt die gelbe Brut endlich zum Teufel! Wählt **Betriebsräte,** die dafür sorgen, daß genügend Sicherheitsmaßnahmen vorhanden sind.

Fort mit dem Prämiensystem!
Her mit dem Achtstundentag!

Das sind die Losungen des Tages. Nur so lassen sich Unglücksfälle verhüten. — Herrn Julius Geiger möchten wir raten, sich nicht so sehr um die Privatangelegenheiten seiner Angestellten und Arbeiter zu kümmern. Bei einem Betriebsleiter kommt es schließlich doch mehr auf Fachkenntnisse, als auf Stahlhelm-Mitgliedschaft an. Wenn er das nicht begreifen will, so müssen auch das die Arbeiter ihm klarmachen.

Noch einmal die Bubiag-Werke

Abraumbetrieb Kleinleipisch

Die Segnungen der Gemeinschaft zwischen Unternehmern und Arbeitern bekommt die Belegschaft von Grube und Abraum **Kleinleipisch** ganz besonders zu spüren. Es herrschen hier Zustände, welche man vor einigen Jahren, als die Belegschaft noch vollzählig im Bergarbeiterverband organisiert war, nicht für möglich gehalten hätte.

Für eine Kolonne von 50 Mann ist nur eine einzige Frühstücksbude vorhanden, in welcher höchstens 16 Mann Platz finden. Es soll dadurch erreicht werden, daß die Arbeiter direkt im Freien, an ihrer Arbeitsstelle, ihr Brot verzehren.

Ein ganz tolles Stück von Unternehmerwillkür konnten wir vor einiger Zeit beobachten: In der Nähe des Arbeitsortes einer Kolonne befand sich eine Bude, durch deren Dach der Regen ungehindert Einlaß fand. Deshalb gingen die Kollegen in eine von dieser etwa 10 Minuten entfernt liegenden, noch im halbwegs guten Zustande befindlichen Bude. Darauf großer Lärm über die, nach Meinung des aufsichtsführenden Antreibers, vergeudete kostbare Zeit. Doch die Kollegen ließen sich davon nicht abhalten und wollten auch in der nächsten Nacht diese Bude wieder aufsuchen. Zu ihrem Erstaunen mußten sie feststellen, daß man — **nun auch dort die Pappe vom Dach entfernt hatte,** um einen Aufenthalt unmöglich zu machen.

„Verbilligung der Produktion“ ist die Parole unserer Grubengewaltigen. Wer die dabei angewandten Methoden aufmerksam beobachtet, findet die tollsten Widersprüche heraus. Man hält es zum Beispiel nicht für notwendig, die vom Abraum nach der Grube führende Treppe zu beleuchten, die früh und abends von den Arbeitern im Dunkeln benutzt werden muß. Dagegen hält es der Herr Berginspektor Metz aber für notwendig, vor der Hütte seines Hundes, in seiner Kleinleipischer Villa, eine 50kerzige Lampe anzubringen. — — —

Sechs Unglücksmeldungen an einem Tage

Organisiert die Abwehrfront gegen Ueberstunden, Lohndrückerei, Prämien- und Antreibesystem!

Ein Arbeiter in der Kleie erstickt

Ungenügende Schutzmaßnahmen in der Böllberger Mühle

An den Unfällen erkennt man die Einrichtung eines Betriebes. Die Einrichtungen der **Böllberger Mühle** (Hildebrandtsche Mühlenwerke) sind die denkbar schlechtesten. Wie hätte sonst in den Weihnachtstagen der **Unfall** passieren können, **der einem jungen, kräftigen Arbeiter das Leben kostete?** Der Arbeiter **Walter Fleischer, Huttenstraße 1,** welcher allein auf dem Kleieboden beschäftigt war, ist **in der Kleie erstickt.** Die Meister suchten ihn mit den Worten: „Wo das faule Schwein nur wieder steckt?“, obwohl sie genau wußten, wo er gearbeitet hatte. Keiner konnte sich denken, daß man von einem solchen gewaltigen Berg Kleie, der zwei Etagen hoch liegt, abrutschen und einen grausamen Tod sterben kann. Erst den Bemühungen einiger Kollegen ist es gelungen, Fleischer am Nachmittag zu finden.

Vor Jahren ist ein ähnlicher Unfall passiert, welcher auch einem Arbeiter das Leben kostete. Damals wurden über den Schlotten Kreuze gemacht, daß keiner reinfallen konnte. Heute sind diese Sachen schon längst nicht mehr zu finden. Es haben dort beschäftigte Arbeiter **oft den Vorschlag gemacht, wegen des Staubes genügend Licht anzubringen,** aber vergebens. Es sollen wegen der Gefährlichkeit des Nachrutschens der Kleie auch eigentlich zwei Leute beschäftigt sein, um alles beobachten zu können. Auch diese Vorschrift ist dem **Antreibesystem** zum Opfer gefallen. — Oder sollte hieran etwas verdunkelt werden? Die erste Vernehmung ist nämlich **erst vierzehn Tage nach dem Unfall festgesetzt worden. Zeugen sind genügend vorhanden.**

In diesem Zusammenhang ist auch noch folgendes zu erwähnen: Vor Weihnachten sollte der Damm von den Aufsatzbrettern befreit werden wegen des zu erwartenden Hochwassers. Bei dieser Arbeit ist es leicht möglich, daß der betreffende Arbeiter vom Wasser mit fortgerissen wird. Nur der Entschlossenheit eines Arbeiters ist es zuzuschreiben, daß nicht schon einige Tage früher in der Mühle ein tödlicher Unfall passiert ist. Erst wurden Gürtel mit Leinen benutzt, heute vermißt man auch diese Gürtel.

Es wäre noch sehr viel über soziale Einrichtungen in diesem Lebensmittelbetrieb zu schreiben, darüber ein anderes Mal mehr.

Unglück auf dem Vitzthumschacht der Mansfeld A.-G.

In der Donnerstag-Frühschicht verunglückten die Häuer Dorge und Baum aus Siersleben und der in Volkstedt wohnende Häuer W. Rieck auf dem **Vitzthumschacht** dadurch, daß sie sich durch Explosion noch sitzengebliebenen Sprengstoffes Gesicht, Brust und Hände verletzten. Am schwersten ist R. betroffen, der besinnungslos ins Eisleber Knappschaftskrankenhaus gebracht wurde; die beiden anderen brachte man ins Knappschaftskrankenhaus nach Hettstedt.

Wieder zwei schwere Unfälle im Stickstoffwerk

Die Unglücksfälle in den **Mitteldeutschen Stickstoffwerken, Piesteritz,** häufen sich in der letzten Zeit geradezu unheimlich. So verunglückte vor einigen Tagen der Motorenwärter Wilhelm Naujok aus Trüben (Kr. Zerbst) erneut schwer, nachdem der Bedauernswerte kaum von einem Unfall, den er ebenfalls im Werk erlitten hatte, genesen war. Der Exhaustor versagte, Naujok mußte denselben nachsehen. Dabei traf ihn einer der Flügel so unglücklich, daß er den linken Unterarm zweimal brach.

In der Sonntagnacht zwischen Weihnachten und Neujahr wurde auch der Arbeiter Kulze aus Wittenberg, Berliner Straße, **ein Opfer des Antreibe- und Prämiensystems.** Derselbe war beim **Anhängen im Stickstoffhaus beschäftigt. Ein Haken löste von dem Einsatz los und begrub ihn unter sich. Der Bedauernswerte lebte nach dem Unglück unter schrecklichen Schmerzen noch eine Stunde.**

Dieses Unglück, welches nun **in kurzer Zeit das dritte in die Betriebe** ist, sollte den Arbeitern zum Denken Anlaß geben. W[illegible] die Arbeiterschaft bis auf den letzten Mann sich wieder organi[illegible] wenn sie wirklich geschlossen auftritt, kann sie das **Antreibe- und Prämiensystem brechen. Andernfalls werden die Arbeitsverhältnisse nur immer schlechter.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260105-17/fragment/page=0005

Ungeheure Schäden durch das Hochwasser

Die Kommunisten fordern sofortige Hilfe für die Betroffenen

Nachdem das Hochwasser fast überall im Rückgang begriffen, ist der angerichtete Schaden nunmehr einigermaßen zu übersehen. Soweit bisher festgestellt werden konnte, ist ungeheurer Schaden entstanden, der in viele Millionen geht. Nach Berichten aus Quedlinburg hat der Magistrat dort allein für die Stadt einen Schaden von 3 Millionen Mark festgestellt. In Thale beziffert sich der Gesamtschaden auf rund 500 000 Mk. In anderen Orten Mitteldeutschlands steht es ähnlich so. Im Rheinland ist die Hochwasserkatastrophe noch viel schlimmer, als bei uns. Wie bereits gemeldet, hat die preußische Regierung für die Rheinschäden eine Summe von 500 000 Mk. zur Verfügung gestellt. Wie völlig unzulänglich dies ist, kann man an den paar Beispielen ersehen, die wir oben gegeben haben. Da die Regierung also völlig versagt, hat die **kommunistische Fraktion des Preußischen Landtags einen Dringlichkeitsantrag zur Linderung der Hochwasserschäden** eingebracht. Angesichts der ungeheueren Notlage der durch das Hochwasser geschädigten Arbeiter, Kleinbauern, Kleingewerbetreibenden und Winzer kann sich die Regierung nicht dahinter verschanzen, daß kein Geld da sei. Wenn Geld da ist für Pferderennen usw., muß solches auch für solche dringende Angelegenheiten vorhanden sein. Es muß schnellstens Hilfe gebracht werden. Man soll Abstriche machen an den Ausgaben für Polizei, Justiz und Kirche, dann stehen sofort Mittel zur Verfügung. Wir lassen im Nachstehenden den kommunistischen Antrag folgen.

Kommunistischer Antrag für die vom Hochwasser Geschädigten

Die **kommunistische Fraktion** brachte am 4. Januar folgenden **Antrag** im Preußischen Landtag ein:

Seit 1920 hat der Rhein zum dritten Male (1920, 1924 und 1925) durch eine Ueberschwemmung ungeheure Schäden und Heimsuchungen vor allem der proletarischen Bevölkerung, der Arbeiterschaft, der Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern des Rheinlandes hervorgerufen. Das Hochwasser hat vielfach die Dämme eingerissen oder überspült und dadurch weiterhin über das Flußbett hinaus stellenweise in einer Breite von mehreren Kilometern menschliche Siedlungen und Kulturboden zerstört. Gleichzeitig ist durch Stillegung der Werke die Arbeitslosigkeit noch verschärft. Die bisher noch beschäftigten Arbeiter waren wochenlang zum Feiern gezwungen. Die Notstandsarbeiten, Dammsicherung, Keller- und Gebäudeausräumungen und andere Rettungsarbeiten sind weiter ohne Entgelt von einer sowieso schon durch Unterernährung und mangelhafte Bekleidung geschwächten Bevölkerung ausgeführt worden.

Zur Linderung und Ueberwindung der durch Hochwasser bei den Arbeitern, Kleinbauern, Winzern und Kleingewerbetreibenden herbeigeführten Not und zur Abwehr gegen künftige Ueberflutungen beantragen wir:

Der Landtag wolle beschließen:

I.

1. Alle durch das Hochwasser Geschädigten, deren Einkommen die Höchstgrenze von 5000 Mark jährlich nicht übersteigt, werden aus staatlichen Mitteln voll entschädigt, insbesondere sind auch ausgefallene Arbeitstage voll zu bezahlen, die bisher ausgeführten Notstandsarbeiten tarifmäßig zu entlohnen, das verloren gegangene Acker- und Winzergerät, das ertrunkene Vieh voll zu ersetzen.

Um zu verhüten, daß besitzende Kreise sich die Entschädigung zuschanzen und die wirklich notleidende Bevölkerung leer ausgeht, andererseits um früher wiederholt vorgekommenen Unterschleifungen (Callendar) vorzubeugen, erfolgt die Verteilung der Entschädigung durch Kommissionen, die aus Vertretern der Arbeiter-, Angestellten-, Beamten-Organisationen nach Stärke ihrer Mitglieder unter Hinzuziehung der Vertreter der Kleinbauern, Winzer und Kleingewerbetreibenden bestehen.

2. Zur gleichzeitigen Herabminderung der Erwerbslosigkeit werden umfassende Notstandsarbeiten durch Ausbesserung der durch Wasser und Schlamm hervorgerufenen Schäden an Gebäuden, Wegen, Dämmen, Fluren usw. vorgenommen. Großzügige Kultur- und Aufforstungsarbeiten sind unverzüglich in die Wege zu leiten.

Diese Arbeit ist unter Innehaltung der achtstündigen Arbeitszeit (bei besonders schwieriger und gesundheit-angreifender Arbeit einer sechsstündigen Arbeitszeit) zu tarifmäßiger Entlohnung auszuführen. Arbeitskleidung, einschl. Schuhwerk und Geräte, sind zu stellen. Für besonders gesundheitsschädliche Arbeiten sind Stärkungsmittel zu verabfolgen, ausreichende Unterkunftsräume gegen Witterungsunbilden sind zu schaffen.

3. Es ist eine Kommission einzusetzen, bestehend aus Vertretern des Landtages, der Provinziallandtage und der Kommunalparlamente, sowie der Vertreter der organisierten Arbeiter, Kleinbauern, Winzer und Kleingewerbetreibenden. Diese Kommission hat unter Hinzuziehung von Fachleuten Vorschläge auszuarbeiten, die sich auf die Durchführung von Maßnahmen zur Verhinderung ähnlicher Hochwasserkatastrophen beziehen, z. B. Aufforstungen, Flußlaufregulierung, Staubeckenanlagen, Eindeichung, Höherlegung bedrohter Stadt- und Siedlungsteile.

4. Aehnliche Maßnahmen wie am Rhein sind für alle vom Hochwasser bedrohten Flußwassergebiete Preußens durchzuführen.

II.

Zur Bestreitung der ersten dringendsten Ausgaben werden aus den Steuerüberweisungen des Reiches vorläufig für diese Zwecke 50 Millionen bereitgestellt.

Die Ausgaben für Polizeizwecke, Justiz, für Pferderennen und Pfarrerbesoldungen werden dementsprechend herabgemindert.

In den Gemeinden des Ueberschwemmungsgebietes werden die vom Hochwasser nicht betroffenen Einzelwohnhäuser (Villen, Luxushotels usw.), deren Inhaber ein höheres Einkommen als 5000 Mark im Jahre haben oder deren Wohnräume eine Fläche über 120 Quadratmeter umfassen und Grundstücke über 50 Hektar mit einer gestaffelten Umlage belegt, die bei einem Wert des Objektes

von 20 000 Mark bis 50 000 Mark 5 Prozent
von 50 000 Mark bis 100 000 Mark 10 Prozent
von 100 000 Mark bis 200 000 Mark 20 Prozent
darüber hinaus . . . . 25 Prozent beträgt.

Weitere Hochwassermeldungen

Es liegen immer noch eine Fülle von Hochwassermeldungen vor. Von der **Saale** wird gemeldet, daß die Hochwassergefahr vorüber ist. In Merseburg betrug am Montag vormittag der Stand am Oberpegel 4,32 Meter, am Dienstag 4,30 Meter. Das Wasser in den Straßen geht zurück, dafür steigt aber das Grundwasser in den Kellern, so daß die Feuerwehr mit der Automobilspritze die Keller auspumpen muß. In den Fluren steht das Wasser noch meilenweit.

Auch das Elbewasser ist im Rückgang begriffen. In Torgau wurde ein Höchststand von 5,18 Metern gemessen.

In **Thüringen** haben die großen Ueberschwemmungen auch einige **Opfer** gefordert. Aus **Saalfeld** meldet man, daß in der Saale und deren beiden Zuflüssen, Loquitz und Schwarza, **drei junge Menschenleben durch das Hochwasser umgekommen** sind. In Saalfeld ertrank ein 26jähriger Eisendreher, in Unterloquitz ein 14jähriger junger Mensch. Schließlich fand ein fremder junger Mann in der Schwarza den Tod.

Im übrigen registrieren wir noch folgende Meldungen:

Schwere Hochwasserschäden im Goslarer Gebiet

Die Metall- und Farbwerke in Ocker haben durch das Hochwasser schweren Schaden erlitten. Eine große Zahl von elektrischen Motoren ist ersoffen. Große Vorräte sind von den Fluten weggespült worden. Vier Hochöfen mußten gelöscht werden. Beim Clausthaler Bergwerk sind zwei Schächte stark mitgenommen worden. In Braunlage sind in mehreren Hotels bedeutende Lebensmittelvorräte weggespült oder vernichtet worden.

Unwetter in der Oberlausitz

In den letzten Tagen herrschte in der Oberlausitz ein orkanartiger Sturm, der Schnee- und Regenböen mit sich brachte. In den Wäldern der Zittauer Berge entstand erheblicher Schaden am Baumbestand. Der Verkehr auf den Landstraßen war zeitweise fast lebensgefährlich. Die Flüsse der Lausitz führen Hochwasser. So ist unter anderem die Spree stellenweise aus den Ufern getreten. In der Sächsischen Schweiz herrschte ein ähnliches Unwetter.

Das Hochwasser des Rheins geht zurück

Das Hochwasser hat seinen höchsten Stand mit 9,36 Metern und damit den höchsten Wasserstand seit dem Jahre 1789 erreicht. Nachdem die Hochflut sich einige Stunden auf diesem gehalten hatte, begann das Wasser ganz langsam zu fallen. Aus dem Hochschwarzwald wird Frost und aus den Vogesen Abnahme der Schneeschmelze gemeldet. In Mannheim, Wetzlar, Koblenz und Trier fällt das Wasser ebenfalls langsam, während es in Mainz und Bingen noch vorübergehend gestiegen war. Ebenso wird aus Marburg, Kreuznach und Herdecke fallendes Wasser gemeldet.

Dreiviertel Neuwieds unter Wasser.

Trostlos lauten die Nachrichten, die über das schwer in Mitleidenschaft gezogene Neuwied eingetroffen sind. Die Stadt, die wie kein anderer Ort am Rhein vom Hochwasser betroffen wurde, ist zu Dreiviertel unter Wasser gesetzt. Der Strom ist in einer Breite von 1600 Metern in die Stadt eingedrungen. Ueber den Rheinanlagen stand das Wasser 4 Meter hoch. Mehr als 1000 Wohnungen mußten geräumt werden. Es ist zu befürchten, daß eine Reihe von Wohnungen nicht mehr bewohnt werden kann. Das gesamte Wirtschaftsleben der Stadt ist gestört.

In Neuß wurde die den Damm ersetzende Sperrmauer von den Fluten des Rheins auseinandergedrückt. Der Strom ergoß sich über das viele Quadratkilometer große Hammfeld. Mit Lastautos brachten die Bewohner ihre Habe und ihr Vieh in Sicherheit.

Neue Alarmnachrichten vom Niederrhein.

Cleve, 4. Januar. Eine neue Gefahr hat sich infolge der holländischen Dammbrüche im unmittelbaren Grenzgebiet in der letzten Nacht insofern gebildet, als der sogenannte Querdamm bei Wiler an dem Einschnitt, der seinerzeit angelegt worden war, um bei dem Dammbruch bei Till-Menland die Wassermengen überfluten zu lassen, durch den Rückstau des Wassers von Holland her in Richtung Nehrs, Züfflich und Niel überflutet worden ist.

Zahlreiche Opfer des Hochwassers in Rumänien.

Aus Bukarest wird gemeldet, daß dem Hochwasser etwa **100 Personen zum Opfer gefallen** sind. In einem Bezirk wurde eine große Flaschenfabrik durch die eindringenden Fluten zerstört, dabei **ertranken 18 Arbeiter.** An einer anderen Stelle wurde eine Eisenbahnbrücke fortgeschwemmt, auf der sich neun Soldaten befanden, von denen keiner gerettet werden konnte.

Landrat Müller bleibt im Saalkreis

Die hallische Presse brachte eine Mitteilung, nach der Landrat Müller als Polizeipräsident nach Frankfurt am Main gehen sollte. Heute stellt der Amtliche Preußische Pressedienst fest, daß **über die Besetzung des Polizeipräsidentenpostens in Frankfurt am Main** gegenüber anderslautenden Blättermeldungen noch keine Entscheidung getroffen ist. Es ist also mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß Landrat Müller weiter im Landratsamt des Saalkreises verbleibt.

Halle und Saalkreis

Spotten ihrer selbst . . .

Die „Hallesche Zeitung“ hält es nach wie vor für ihre Aufgabe, die Klassenjustiz auf den Roten Frontkämpfer-Bund und die Kommunistische Partei zu hetzen. Daß sie damit manchmal vom Regen in die Traufe kommt, scheint sie noch nicht gespürt zu haben. Es ist aber so. Sie beklagt sich zum Beispiel, daß ein kommunistischer Arbeiter gegen den Stahlhelmer Hugo Wilke „tapfer zu Felde“ gezogen sei und vor der Marktkirche Radau geschlagen habe. Sie setzt auch hinzu, daß der Kommunist Kriegsbeschädigter ist.

Der von der „H.Z.“ angegriffene Genosse hat nun der Redaktion des „Klassenkampf“ Aufschluß über den Vorfall gegeben. Er teilt mit, daß er Wilke aus dem Felde her kenne und daß er, als er ihn mit seinen drei Kindern aus der Kirche kommend traf, sich nicht enthalten konnte, ihm den Vorwurf zu machen, ob er sich nicht schäme, in die Kirche zu laufen, wo er doch mit seinen Kindern selbst nichts zu essen habe. Genosse Puppe, um den es sich hier handelt, und der im Krieg einen Arm verloren hat, fügt hinzu, daß es für ihn, der als Dank des Vaterlandes schon zwei Jahre arbeitslos ist, eine Selbstverständlichkeit bedeutet, Kommunist zu sein.

Die „Hallesche Zeitung“ wird natürlich in gewohnter Weise weiter hetzen. Das kann einen Kommunisten nicht hindern, verblendeten Arbeitern, die heute noch dem „Stahlhelm“ und der Kirche nachlaufen seine proletarische Meinung zu sagen.

Jugendlicher Leichtsinn

Im November vorigen Jahres wurde der Ehefrau des Kinobesitzers Kobert aus Aschersleben auf dem Bahnhof in Ermsleben, von wo sie den letzten Zug nach Aschersleben benutzen wollte, die Handtasche mit zirka 60 Mark Inhalt geraubt. Der Täter stand in einer dunklen Ecke des Bahnhofsgebäudes, sprang die Frau an, als diese an ihm vorbeigehen wollte und riß mit einem kräftigen Ruck die Handtasche an sich, mit der er dann über den Bahndamm in der Dunkelheit entkam. Die Handtasche wurde später ohne Inhalt in der Selke aufgefunden.

Als Täter wurde schon in den darauffolgenden Tagen der erst 18 Jahre alte Walter Sorge aus Ermsleben ermittelt, der trotz hartnäckigen Leugnens in Untersuchungshaft genommen wurde. In der gestrigen Schöffengerichtsverhandlung gegen ihn gab er plötzlich das Leugnen auf. Durch sein volles Geständnis erübrigte sich die Vernehmung der Zeugen. Als Leitmotiv für diese Tat gab er an, mit dem geraubten Gelde nach Ostpreußen reisen zu wollen, wohin ein junges Mädchen gereist war, mit dem er ein Verhältnis unterhalten hatte.

Der Staatsanwalt vertrat die Auffassung, daß es sich bei der Tat mehr um einen schweren Diebstahl, als um einen Raub handele und beantragte, unter Berücksichtigung der Vorstrafen des Angeklagten, eine Gefängnisstrafe von 9 Monaten. Das Schöffengericht schloß sich dieser Auffassung jedoch nicht an und verurteilte den Jugendlichen wegen schweren Raubes unter Berücksichtigung seiner Jugend zu einer **Gefängnisstrafe von 1 Jahr und 6 Monaten,** wovon sechs Wochen durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt gelten.

Im Verhältnis zu der geraubten Summe ist diese Strafe als äußerst hart zu bezeichnen, ganz abgesehen davon, daß derartig langwährende Freiheitsstrafen auf keinen Fall erzieherisch wirken können.

Berichtigung

In der Sonnabend-Ausgabe Nr. 1 vom 2. Januar mit der Ueberschrift „Die Weihnachtsgabe an die städtischen Arbeiter“ ist insofern ein Irrtum unterlaufen, als es nicht heißen darf: „Von der Verwaltung des Deutschen Verkehrsbundes wird uns durch Herrn Schaumburg geschrieben“, sondern: **„Aus Straßenbahnerkreisen wird uns geschrieben.“**

Herr Grützner und die Arbeitslosen

Kommunistische Erwerbslosenanträge im Querfurter Kreistag — Herr Grützner verstopft sich die Ohren

Der sozialdemokratische Regierungspräsident Grützner zeigt immer mehr sein feindseliges Verhalten gegen die notleidenden Erwerbslosen. Bekannt ist ja sein Weihnachtserlaß, in dem er alle gemeindlichen Unterstützungen für die Arbeitslosen streng verbietet. Nun hat sich neuerdings im Querfurter Kreistag ein Vorkommnis abgespielt, das allenthalben Beachtung verdient. Herr Grützner fand sich also im Querfurter Kreistag ein, weil dort der Bau eines gemeinnützigen Krankenhauses in Halle auf der Tagesordnung stand. Zu gleicher Zeit lag aber auch ein kommunistischer Antrag auf Erwerbslosenfürsorge vor. Es gab eine heftige Debatte, der Antrag wurde abgelehnt. Herr Grützner war anwesend, hüllte sich aber in tiefstes Schweigen. Er hat ja nichts übrig für die armen Erwerbslosen; er hat ja sein reichliches Auskommen. **Für die Erwerbslosensache war er einfach nicht anwesend!** Ein Sozialdemokrat sieht ruhig zu, wie Arbeiter hungern! Wahrlich ein feiner Sozialdemokrat! Die Arbeiterschaft muß sich auch diesen Fall gut merken.

Ueber die Sitzung ging uns folgender Bericht zu:

Grützner in der Sitzung des Querfurter Kreistags

Die Bürgerlichen verschleppen die kommunistischen Erwerbslosen-Unterstützungsanträge

Am 29. Dezember trat der neugewählte Kreistag für Querfurt erstmalig zusammen, wobei es sich der Herr Landrat von Krause nicht verkneifen konnte, einen gewissen feierlichen Sermon vom Stapel zu lassen. Besonders betonte er wiederholt, daß sein demokratisches Herz sehr für die Erwerbslosen schlage und daß er ganz besonders sozial denke. Aber — leider usw. hätten alle Maßnahmen ihre Grenzen an den gesetzlichen Bestimmungen. Inzwischen erschien der Regierungspräsident Grützner in der Sitzung, der sich dienstbeflissen gegen die Rechte des Hauses verneigt. (Seine Parteigenossen kennt er wahrscheinlich nicht oder sind die zu klein?)

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Genosse Scheibner, den nachfolgenden Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung zu setzen:

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der KPD.

Der Kreistag beschließt:

1. **Die sofortige Gewährung einer Notstandsunterstützung von 60 Mark für Verheiratete und 40 Mark für ledige und weibliche Erwerbslose.**
2. **Sofortige Inangriffnahme von Notstandsarbeiten bei tariflicher Bezahlung. Abschaffung jeder Pflichtarbeit.**
3. **Ausreichende Mittel zur Beschaffung von Brennmaterial, Lebensmittel und Bekleidung für die Erwerbslosen und deren Angehörige bereitzustellen.**
4. **100prozentige Erhöhung der laufenden Erwerbslosenunterstützung für sämtliche Erwerbslose vom Tage der Erwerbslosigkeit bis zur Beendigung derselben wird dringend bei der Regierung gefordert und vertreten.**
5. **Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung bis zur Höhe dahingehend, daß die Kurzarbeiterunterstützung den bisherigen vollen Lohn ergibt.**
6. **Zahlung der Unterstützungen vom ersten Tage der Erwerbslosigkeit an. Die Beseitigung der §§ 9 und 18 der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924, welche die unsoziale Karenzzeit betreffen, wird bei der Reichsregierung gefordert.**
7. **Sofortige Wiederaufnahme der Ausgesteuerten in die Erwerbslosenfürsorge bis zur Erlangung neuer Arbeit.**
8. **Zuschüsse zur Wohnungsmiete an Arbeitslose und Kurzarbeiter.**
9. **Die Bedürftigkeitsklausel wird sofort aufgehoben.**

Zusatzantrag zu Punkt 1, 2, 3 und 8

Die Mittel in Höhe von 200 000 Mark sind sofort zu beschaffen, während zur Auszahlung der Notstandsunterstützung und Beschaffung von Brennmaterial, Lebensmittel und Bekleidung die Mittel aus allen verfügbaren Kreismitteln entnommen werden.

Die Rechte beantragte, unseren Dringlichkeitsantrag als letzten Punkt zu behandeln; aber unser Antrag, als dritten Tagesordnungspunkt die Erwerbslosenfürsorge zu setzen, wurde gegen die Schwarzweißroten angenommen.

Nach der Gültigkeits-Beschlußfassung über die Wahl zum Kreistag wurde zur **Wahl des Kreisausschusses** geschritten. Gewählt sind vom Ordnungsblock 3, Demokraten 1, Sozialdemokraten 1 und von uns Genosse Müller, Rothenschirmbach (zum Stellvertreter Genosse Scheibner, Mücheln).

Sozialdemokraten und Demokraten brachten eine gemeinsame Liste ein, nachdem die Demokraten sich verpflichtet haben sollen, immer mit der SPD. zu stimmen (!).

Aber schon im nächsten Punkt zeigte sich die Unzuverlässigkeit der Demokraten, indem sie mit dem schwarzweißroten Block für die Verschleppung der Erwerbslosenanträge stimmten. Unser Fraktionsredner begründete in längeren Ausführungen obige Forderungen, denen auch die SPD. ihre Zustimmung gab. Interessant war es, daß der Landrat erklärte:

„Der Herr Regierungspräsident Grützner sei für die übrige Tagung nicht anwesend und verschließe seine Ohren, wenn es etwas erregter werden würde.“

Bittere Wahrheiten mußte Grützner von seinem Parteigenossen Bilke hören, der ebenfalls erwerbslos ist und die Ausführungen unseres Redners unterstrich. **Grützner schwieg, denn er war da und auch wieder nicht da.** Der Landrat verwies die notleidenden Erwerbslosen an die **allgemeine Fürsorge,** wo bei der Beurteilung der gestellten Anträge sehr „weitherzig“ verfahren würde. Auch der schwarzweißrote Professor Most erklärte, daß seine Fraktion der Notlage der Erwerbslosen mit Verständnis gegenüberstände, aber die Forderungen hätten ihnen noch nicht schriftlich vorgelegen und darum beantrage er die Ueberweisung derselben als Material an den Kreisausschuß.

In der Abstimmung stimmten die Demokraten für den Antrag des Ordnungsblocks, was wahrscheinlich ein „würdiges Begräbnis“ der Anträge bedeuten soll; aber wir werden in der nächsten Kreistagssitzung den Herren Farbe bekennen lassen.

Ueber die Errichtung eines gemeinnützigen Krankenhauses in Halle war Grützner selbst ein warmer Befürworter, denn **zu diesem Punkte wäre er nur erschienen.** Am Schluß bat er die Rechte inbrünstig, herzlichst und freundlichst, für sein Projekt zu stimmen. Genosse Müller erklärte für unsere Fraktion, daß wir jederzeit der Errichtung von Krankenhäusern zustimmen werden, und beantragte die Beteiligung des Kreises mit 6 statt 3 Betten. Durch den Sprecher, Oberamtmann Hoch, ließ die Rechte ihren ablehnenden Standpunkt hören, was vom Genossen Hankel und Scheibner in der weiteren Diskussion zur Abrechnung mit der Rechten Veranlassung gab. Mit Hilfe der Demokraten konnte die Rechte auch diese Entscheidung verschleppen, so daß die Linke wiederum in der Minderheit blieb. Die Verbeugung nach der Rechten hat Herrn Grützner nichts genützt.

Infolge der vorgeschrittenen Zeit wurde die Sitzung abgebrochen und soll der nächste Kreistag innerhalb der gesetzlichen Ladefrist unverzüglich stattfinden. **In der nächsten Kreistagssitzung müssen die Anträge unserer Fraktion entschieden werden und darum sollten die Querfurter Erwerbslosen und Vertreter aus dem Kreise aufmarschieren. Auf, Proletarier, steht hinter Euren Forderungen!**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260105-17/fragment/page=0006

Der neue Arbeitsplan der Volkshochschule

Am Montag, dem 11. Januar, beginnt das neue Trimester. Der Arbeitsplan ist aus diesmal wieder unter Berücksichtigung der verschiedensten Forderungen, die die Hörerschaft an ein solches Institut stellt, zusammengelegt worden. Vortragsreihen, Kurse, Arbeitsgemeinschaften, Einzelvorträge und Sonderveranstaltungen wechseln miteinander.

In der reichhaltigen Abteilung „Philosophie, Religion, Pädagogik" wird Professor Dr. Menzer über „die wichtigsten philosophischen Strömungen im 19. Jahrhundert" (unter anderem über Schopenhauers Pessimismus, E. v. Hartmann, Positivismus und Darwinismus), Geheimrat Professor Dr. Ziehen über „Philosophie der anorganischen und organischen Natur" (mit Demonstrationen) sprechen. Geheimrat Lütgert wird über „Die Quellen des Lebens Jesu", Professor Lic. Baute über „Evangelische Kirchen und Sekten der Gegenwart" vortragen. Ueber die Stockholmer Konferenz für das christliche Leben und Wirken will ein Teilnehmer der Konferenz, Dr. Conrad, berichten, während Oberregierungs- und Schulrat Saupe in seinen Vorträgen „Pädagogische Fragen der Gegenwart" behandeln und dabei besonders „Wesen und Aufgaben der Grundschule" berücksichtigen wird. Ein Einzelvortrag des Charakterologen Dr. Max von Kreusch-Berlin wird unter Benutzung zahlreicher Lichtbilder mit „Der modernen systematischen Menschenkenntnis" bekannt machen und sich z. B. mit Fragen wie Handschrift, Gesicht, Schädelbau und Charakter beschäftigen.

Reiche Anregungen versprechen auch die Ankündigungen aus den Gebieten „Bildende Kunst, Musik, Literatur". Professor Dr. Frankl hat eine Vortragsreihe über „Gotik", Univ.-Lektor und Kunstmaler Fischer-Lamberg „Zeichenübungen nach lebendem Modell", Bildhauer Paul Horn, „Modellieren als Weg zur rhythmisch-plastischen Kunstanschauung" angezeigt. Ueber „Das moderne Wohnenbild" (mit Lichtbildern) wird der Dramaturg des Mitteldeutschen Landestheaters Karl Riles sprechen. Dr. Viol will seine Hörerschaft diesmal mit Löwes Balladen bekannt machen und seine Vorträge durch Gesangsbeispiele erläutern (am Flügel: Frau Professor Schmidt-Hamm). Richard Doell, Lehrer an der Waldschule auf der Peißnitz, kündigt „Chorgesang im Sinne der aus der Jugendbewegung hervorgegangenen neuen Musikanschauung" in einer „Singgemeinde" an und lädt zugleich zur Bildung einer „Musikantengilde" ein (Kammermusik und Ensembleübungen für Anfänger im Instrumentenspiel und Fortgeschrittenere). „Unsere deutschen Mundarten", mit Proben aus dem Leben, gesprochen von Damen und Herren aus dem betreffenden Mundartgebiet, hat Professor Dr. Bremer als Thema gewählt. Dr. Kühlhorn wird sich in seinen Vorträgen mit „Dem Werden und dem Werk Friedrich Glenhards" beschäftigen. Mit der „Schule Loheland" macht die Gymnastiklehrerin Erna Wolf in einer Arbeitsgemeinschaft bekannt. Das interessante Thema „Mode und Kleidung" wird Frau Irma Wolff behandeln. Für die Sonntagsvormittage sind durch den Direktor des Mitteldeutschen Landestheaters Vorträge „Die Kunst und wir", verbunden mit Führungen durch die Kunstsammlungen der Moritzburg, angezeigt worden.

In der Abteilung „Rechtsfragen, Volkswirtschaft" werden sprechen: Geh. Justizrat Finger über „Die Organisationen der Reichs- und Landesbehörden und ihre Aufgaben", Univ.-Professor Dr. Brodnitz über „Schutzzoll und Freihandel der Gegenwart".

„Mathematik, Naturwissenschaften, Länderkunde" ist durch die Herren Oberstudiendirektor Dr. Grüttner („Einführung in die höhere Mathematik"), cand. phil. Wertner („Anfangsgründe der Mathematik"), Studienrat Dr. Mand („Unser Wissen von der Erde" (mit Lichtbildern) und „Experimentalvorträge — Physik des täglichen Lebens") vertreten. Außerdem werden Professor Dr. Lejius „Rußland, Land und Leute, Teil II", Studienrat Dr. Fleischer „Das heutige London" und Dr. med. Erich Lange „An den Küsten des Stillen Ozeans" in Vorträgen behandeln.

An „Sprachkursen" sind in dem Arbeitsplan zu finden: Lehrgänge des Spanischen (Privatdozent Dr. Mulertt), des Englischen (Studienrat Dr. Fleischer und cand. phil. Gleisberg), Unterrichtskurse im Deutschen (cand. phil. Gleisberg), in der Reichskurzschrift und Kurzschrift Stolze-Schrey (cand. phil. Wertner).

Als Einzelvorträge sind eine Wiederholung des Vortrages von Professor Wilhelm Doegen, Berlin, „Stimmen der Völker" mit Laut- und Lichtbildvorführungen und ein Vortrag von Professor Dr. Obst, Hannover, „Sowjet-Rußland und seine Wirtschaftsprobleme" in Aussicht genommen.

Für den 15. Februar ist eine Sonderveranstaltung „Andersenfeier" unter Mitwirkung von Universitätslektor Dr. Richard Wittsack und der Konzertsängerin Else Martin angesetzt worden.

Ein ausführlicher Arbeitsplan ist unentgeltlich in den Buchhandlungen und Verkaufsstellen zu haben. (Siehe Inserat.)

Gemeinverständliche Belehrungen über übertragbare Krankheiten

Die zahlreichen, zum Teil recht schweren Epidemien, die im Verlauf des letzten Jahres in den verschiedensten Teilen Preußens aufgetreten sind, haben den Minister für Volkswohlfahrt veranlaßt, eine Zusammenstellung der gemeinverständlichen Belehrungen über die übertragbaren Krankheiten anzuregen. Diese Sammlung liegt nun vor. Der Referent des Wohlfahrtsministeriums, Geh. Obermedizinalrat Prof. Dr. Otto Lenz, hat die bereits vorhandenen gemeinverständlichen Belehrungen nach dem augenblicklichen Stand wissenschaftlich umgearbeitet, sowie die noch fehlenden Belehrungen neu verfaßt. Die Sammlung, die im Verlag von Richard Schoetz (Berlin) erschienen ist, darf, wie dem Amtlichen Preußischen Pressedienst geschrieben wird, als ein wertvolles Hilfsmittel bezeichnet werden, um weiten Kreisen die Kenntnis der übertragbaren Krankheiten zu vermitteln. Sie wird insbesondere auch der Lehrerschaft eine geeignete Unterlage für die Belehrung unserer Jugend im Kampfe gegen die Volksseuchen bieten. Der Preis des Heftes beträgt 70 Pf. und geht bei Massenbezug unmittelbar vom Verlag bis auf 50 Pf. herab.

Die Form der Eidesabnahme

Der hier vom Amtlichen Preußischen Pressedienst geschilderte Fall ist von allgemeinem Interesse und insbesondere auch für Halle wichtig.

In einer Kleinen Anfrage eines sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten wurde Beschwerde darüber geführt, daß beim Amtsgericht Berlin-Tempelhof, Abteilung für Strafsachen, dem Zeugen vom vernehmenden Richter die religiöse Eidesformel vorgesprochen wird, auch wenn der Zeuge ausdrücklich erklärt, den Eid in der bürgerlichen Form leisten zu wollen. Beruft sich alsdann der Zeuge auf seine vordem abgegebene Willenserklärung, so wird ihm vom Richter gesagt, er brauche ja die religiösen Worte der Formel nicht mitzusprechen. Das Staatsministerium wurde gefragt, ob ihm diese Art der Eidesabnahme bekannt sei, ob es sie für zulässig halte, und ob es dafür Sorge tragen wolle, daß diese Form des Eidesabnahme künftig unterbleibt, die bei den eidesleistenden Personen den Eindruck erwecke, als ob der vereidigende Richter dadurch sein Mißvergnügen über die bürgerliche Form der Eidesablegung ausdrücken oder sie doch noch zur Eidesleistung in religiöser Form veranlassen wolle.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst aus der Antwort des Justizministers mitteilt, haben die angestellten Ermittlungen folgendes ergeben:

Bei der Abnahme von Eiden pflegt einer der beim Amtsgericht Berlin-Tempelhof tätigen Richter in der Tat den Eid in der geschilderten Form abzunehmen. Ein anderer Richter desselben Gerichts nimmt grundsätzlich den Eid in der bürgerlichen Form und nur auf ausdrückliches Verlangen in der religiösen Form ab. Beide Arten der Eidesabnahme werden den Bestimmungen der Artikel 177, 136 Abs. 4 RV., §§ 62, 63 StPO., die die Leistung des Eides in religiöser und in bürgerlicher Form für zulässig erklären, die Wahl aber dem Schwurpflichtigen überlassen, sowie des § 64 StPO., wonach der Eid mittels Nachsprechens oder Ablesens der Eidesformel zu leisten ist, nicht gerecht. Da die überwiegende Zahl der Schwurpflichtigen nicht über die nötige Gesetzeskunde verfügt, wird es als Amtspflicht des Richters anzusehen sein, daß er den Schwurpflichtigen nach Belehrung fragt, in welcher Form dieser den Eid leisten wolle und alsdann den Eid in der von diesem gewählten Form vorspricht. Das Erforderliche wird hiernach veranlaßt werden.

Hallische Tageschronik

Hallische Tuberkulose-Woche

Die beiden Filme, die in der Zeit vom 18. bis 23. Januar, abends 7½ Uhr, im Thaliasaal gezeigt werden, heißen: „Der Kampf gegen den Erbfeind" und „Tuberkulosefürsorge". Die Vorträge sind folgende: Montag „Die Bekämpfung der Tuberkulose als Volksseuche", Dienstag „Wie erwirbt man Tuberkulose?", Mittwoch „Wie schützen wir uns vor Tuberkulose?", Donnerstag „Wie heilt man Tuberkulose?", Freitag „Wie erkennt man die Tuberkulose?", Sonnabend „Die Bekämpfung der Tuberkulose als Volksseuche". Kartenverkaufsstellen werden noch bekanntgegeben. Eintrittspreis 50 Pf.

Auftakt zum neuen Jahr

Am 2. Januar gegen 1 Uhr nachmittags wurde aus einer Wohnung in der Jagdschänke starker Gasgeruch wahrgenommen. Die sofort benachrichtigten Polizeibeamten, welche die Wohnung gewaltsam öffnen mußten, fanden den Wohnungsinhaber bei geöffnetem Gashahn tot im Bett liegend vor. Nach den angestellten Ermittlungen liegt Selbstmord vor. Der Grund zur Tat ist in ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen sein.

Von der Straßenbahn angefahren

Am 2. Januar gegen 8.45 Uhr nachmittags wurden zwei männliche Personen, welche mit einem Handwagen die Reilstraße in Richtung Trotha befuhren, von einem Straßenbahnwagen von hinten angefahren und zu Boden geworfen. Einer der Beiden erlitt hierbei erhebliche Verletzungen am Kopf und leichtere Verletzungen an beiden Händen. Er wurde zur Polizeiwache gebracht und konnte nach Anlegung eines Verbandes durch einen hinzugezogenen Arzt seinen Weg allein fortsetzen. Sein Begleiter blieb unverletzt.

* **Achtung, Kriegsopfer!** Morgen abend 8 Uhr findet in der „Goldenen Kette" eine Fraktionssitzung der kommunistischen Kriegsopfer statt. Erscheinen ist Pflicht. **Der Fraktionsvorstand.**

* **An alle Vertrauensleute des Einheitskomitees!** Am Donnerstag, dem 7. Januar, findet im „Volkspark", Rauchzimmer, abends 8 Uhr, eine Sitzung des Einheitskomitees statt, wo der Rußlandtelegierte, Kollege Schettig, berichten wird über die Lage der Jungarbeiter in Rußland. Da in dieser Sitzung die Versammlungen festgelegt werden müssen, erwarten wir Euer bestimmtes Erscheinen. **Das Einheitskomitee.**

Die Not der Kleinkinder

Denkschrift über das Elend der heranwachsenden Jugend

Die Klagen über die schlechte Wirtschaftslage, über die Kreditnot, den Absatzmangel und die sich häufenden Konkurse finden in der Presse einen breiten Widerhall. Weit weniger Raum wird hingegen der Betrachtung der Lage jener geschenkt, die die unmittelbaren Opfer jener Krise sind.

Wie geht es den Kindern der Armen?

In einer Denkschrift des preußischen Wohlfahrtsministeriums lesen wir folgende erschütternde Schilderungen:

„Der Gesundheitszustand der Kleinkinder war im Berichtsjahre wie auch schon in früheren Jahren von allen Altersklassen der Bevölkerung der schlechteste. Als Ursachen werden konstitutionelle Schwäche, bedingt durch die Not der ersten Lebensjahre dieser Kinder, der hohe Milchpreis, die häufig unzureichende und unzweckmäßige Ernährung, die Schwierigkeit der Gemüsebeschaffung, der Aufenthalt in den engen, wenig gelüfteten Wohnungen angegeben.

In Celle erhielten:

	1923	1924
genügend Milch	28 Prozent	44 Prozent
zu wenig Milch	26 Prozent	26 Prozent
keine Milch	46 Prozent	30 Prozent

In Frankfurt a. d. Oder wurden 50 Prozent der Kleinkinder als speisebedürftig bezeichnet. In Nowawes waren von 239 in der Fürsorge vorgestellten Kleinkindern 153 krank. In Hannover wird die Zahl der unterernährten Kleinkinder in der ersten Hälfte 1924 auf 40 Prozent angegeben, während sie zum Teil dort nur 20 Prozent beträgt.

In Koblenz waren

von 287 Kleinkindern nur 107 gesund,

an Rachitis litten 79, an Tuberkulose 32, an Skrofulose 47, an Unterernährung 13, an Auschlag 8, an Syphilis 1.

In der städtischen Kinderklinik in Magdeburg wurden im ersten Halbjahr 1924 vier ältere Kinder bis zu 2 Jahren mit

Erscheinungen frischer Syphilis

aufgenommen.

In Bauer erwiesen sich durch Untersuchungen der Säuglingsfürsorgestellen von 76 vorgestellten Kleinkindern 56 als nicht gesund.

In Bielefeld war bei den in der Säuglingsfürsorge vorgestellten Kleinkindern das Durchschnittsgewicht der zweijährigen Kinder um 2,1 Kilogramm, das der vierjährigen um 1,9 Kilogramm zu gering.

Im Kreise Delitzsch waren

33⅓ Prozent der untersuchten Kleinkinder skrofulös,

in Kassel 30½ Prozent.

In Köln waren die fünfjährigen Kleinkinder als ganz besonders schwächlich bezeichnet. Auch die Kleinkinder wurden durch die Wohnungs-, Bett- und Bekleidungsnot schwer bedrängt.

Im Kreise Sagan hatten 52,8 Prozent kein eigenes Bett, in Oels, der Residenz des Exkronprinzen, hatten von 351 Kleinkindern 156 kein eigenes Bett, 15 keine Bettwäsche, 30 nur einmal Bettwäsche, 23 nur ein Hemd, 24 nur ein Paar Strümpfe, 60 nur ein Paar Schuhe.

In Hindenburg besaßen 60 Prozent der Kleinkinder kein eigenes Bett. 8 Prozent waren ungenügend bekleidet. In der Stadt Schweidnitz wohnten von 268 Kleinkindern 87 mit fünf und mehr Personen in einem Wohnraum, 30 teilten das Bett mit anderen Kindern; 56 mit Erwachsenen, 3 schliefen überhaupt nicht im Bett, 3 besaßen keine Bettwäsche, 23 nur einmal, 15 hatten nur ein Hemd, 28 ein Paar Strümpfe, 2 keine Strümpfe.

Im Kreise Schweidnitz wohnten

von 616 Kleinkindern 66 mit fünf oder mehr Personen in einem Zimmer,

167 schliefen mit andern Kindern, 120 mit Erwachsenen zusammen, fünf überhaupt nicht im Bett, 12 hatten keine Bettwäsche, 111 solche nur einmal, 59 Kleinkinder besaßen nur ein Hemd, fünf keins, 76 nur ein Paar Strümpfe, 50 Kleinkinder erhielten dort kein warmes Mittagessen, sechs überhaupt kein Mittagessen.

Was soll aus der heranwachsenden Generation werden, wenn diese grauenhaften Zustände nicht schleunigst abgestellt werden? Der Staat kann die Not der Jugend zwar nicht mehr leugnen, aber zur Abhilfe fehlen ihm, wie die maßgebenden Stellen behaupten, die Mittel. Bedenkt man nun aber, daß die schlechte Finanzlage den preußischen Staat nicht hindert, in diesem Jahre

60 Millionen Mark zur Versorgung der Pfaffen

auszuwerfen, dann muß man wohl sagen, daß es mehr im Sinne des Schöpfers des Christentums liegen würde, wenn diese 60 Mill. Mark nicht zur Erhaltung der hohen Kirchen, sondern zur Erhaltung des Lebens der heranwachsenden Jugend verwendet würden.

Aus der Jugendbewegung

Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Halle

Heute, Dienstag, 6 Uhr im Jugendsekretariat Vorstandssitzung.
Mittwoch, 8 Uhr, im „Volkspark" (Zimmer 2) Funktionärsitzung. Jeder Funktionär hat unbedingt zu erscheinen.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: J. V.: Wilh. Bernard, Halle, Merseburgerstr. 14

Achtung! Die hallische Arbeiterschaft boykottiert die C.T.- u. Ufa-Lichtspiele!

„....., der Retter ist da!"

Eine proletarische Weihnachtsgeschichte zur Hindenburg-Hunger-Weihnacht 1925

Von Burkhart Springschubb.

(Schluß)

All das besprachen die Funktionäre der städtischen Arbeiterschaft nach ihrer Versammlung in teilweise sehr erhitzten Debatten, in denen auch die Frage der tatsächlichen Rettung aus aller Not angeschnitten wurde, daß dabei nicht gerade sehr staatserhaltende Gedanken zum Durchbruch kamen, kann man sich leicht vorstellen.

Während Walter Krampfer in dieser Versammlung weilte und lebhaft in die Debatte eingriff, ging Fritz Brückner mit seiner Frau, nachdem sie die Kinder zu Bett gebracht, langsam durch die Straßen. Beide gingen, düster gestimmt, nebeneinander her. Zwei gebrochene Menschen, zu keiner Tat mehr fähig.

Fritz stieß nur von Zeit zu Zeit ein schneidendes, gellendes Lachen, ähnlich dem eines Wahnsinnigen, aus, so daß seine Frau jedesmal jäh zusammenzuckte und ihn ängstlich anschaute.

Sonst merkten beide nichts von ihrer Umgebung. Sie sahen nicht einmal jene hohen, erleuchteten Fenster, hinter denen Weihnachten gefeiert wurde. Sie hörten nicht die Lieder, die in den Häusern von den hohen Kinderstimmen gesungen wurden. Jeden Gefühls bar, wanderten sie dahin, bis sie schließlich stutzten: Sie waren an der Fabrikerie der großen Stadt angelangt. Weithin dehnten sich große, weiße Schneedecken.

„Lucie", begann Fritz, „wir müssen jetzt endlich zu einem Entschluß kommen."

Das Weib schluchzte.

„Machen wir Schluß!" stotterte Fritz, schwer seufzend.

Still legte Lucie ihre Hand in die seine. Der Entschluß war gefaßt. Langsam wanderten ihren letzten Gang: nach Hause. — Schweigend öffnen sie die Haustür. Leise und schweigend steigen sie die Treppe hinan. Ebenso leise öffnen sie die Tür zu ihrer Dachkammer, wo sie ihre drei Jungens schlafend vorfinden.

Schnell ist das Hindernis beseitigt, das der „Mannann", wie ihn Kinder nannten, vor einigen Wochen ihnen legte, indem er das Gas sperrte, als Brückners die Rechnung nicht begleichen konnten. Das Gas hat wieder Zutritt zu den bleiernen Röhren, die in Brückners Kammer führen.

Mann und Frau entfleiden sich beim flackernden Kerzenlicht. Fritz schließt die Tür von innen und öffnet den Gashahn. Ein süßlicher Geruch verbreitet sich schnell. Beide begeben sich zu ihrer Lagerstätte. Man hörte das Weib noch einmal aufschluchzen. Dann ist alles still. —

Mörder kapitalistische Gesellschaft!

Just zur selben Zeit, da das Bürgertum Orgien feierte, vernichtete Gas das blühende Leben von fünf zur Verzweiflung getriebenen Menschen, Proletariern, die keinen Ausweg mehr wußten.

Am dritten Feiertag brachte der „Generalanzeiger" in fetter Schrift folgende Zeilen aus dem Polizeibericht ab:

„Familientragödie.

Am 26. Dezember, früh 10 Uhr, versuchten Hausbewohner in die Wohnung des 35jährigen Arbeiters Fritz Br. einzudringen, da sie das Schlimmste vermuteten. Als ihre Versuche, die Wohnung zu öffnen, nicht gelangen, erbrach die herbeigerufene Polizei die Tür gewaltsam. Man fand Br. und seine Ehefrau ebenso wie seine drei Knaben im Alter von sieben, sechs und vier Jahren tot auf. Wie der Arzt feststellte, ist der Tod durch Gasvergiftung eingetreten. Wiederbelebungsversuche waren ohne Erfolg. Br. soll in der letzten Zeit häufig Selbstmordabsichten geäußert haben. Der Grund zur Tat ist unbekannt, doch dürfte er in Ehezwistigkeiten zu suchen sein."

Noch am 26. Dezember hatte man die fünf Leichen der Familie Brückner in die Leichenhalle überführt und zur Bestattung am 28. Dezember freigegeben. Brückners wurden bestattet, kein Hahn krähte nach ihnen, niemand kümmerte sich um die Beerdigung. In aller Stille scharrte man die fünf Armensärge aus Pappe an der Friedhofsecke ein ...

Die Selbstmörder waren vergessen. —

Wie anders gestaltete sich die Beisetzung der 22 Toten vom blutigen „Heiligen Abend"! Zehntausende von Arbeitern marschierten am 29. Dezember auf, ihre Toten zu ehren. Die Gemordeten vom 24. Dezember waren Drachensaat.

Im disziplinierten Zuge marschierten Zehntausende unter den umflorten roten Fahnen des kämpfenden Proletariats hinter den Särgen der 22 Toten, die Faust von Zeit zu Zeit zum Racheschwur erhebend. Wenige Tage hatten aus einem führerlosen Haufen ein Heer zusammengeschweißt, das wohl wußte, was es wollte, ein Heer, auf das die vollgestopften Bürger nur mit Zittern und Zagen, hinter den schweren Fenstervorhängen ihrer Wohnung versteckt, schauten. Eine organisierte, disziplinierte Armee der Unterdrückten war erstanden, die an den Särgen ihrer ermordeten Arbeiterbrüder, den Mördern Tod und Verderben schwörend, den noch teilnahmslos beiseite stehenden Unterdrückten ein Mahnruf, einzutreten in die Reihen zum siegreichen Angriff auf die Festen der Herrschenden rüttende Armee des Proletariats.

Noch ertönten zwar vereinzelte Klagegeschreie, noch durchzitterte die Straßen der Stadt die schluchzende Melodie des Trauermarsches der Revolutionäre.

Als aber der machtvolle Zug vom Friedhof zurückkehrte, nachdem er seine Toten der Erde übergeben, durchrauschten trotzig-mutige Kampfeslieder die Stadt, zuerst schüchtern, dann immer stärker und stärker werdend, um schließlich zum mitreißenden Orkan zu werden.

Hingerissen sang die Menge:

Brüder, zur Sonne, zur Freiheit
Brüder, zum Lichte empor!
Hell aus dem dunklen Vergangenen
Leuchtet die Zukunft hervor.

Seht, wie der Zug von Millionen,
Endlos aus Nächtigem quillt,
Bis Eurer Sehnsucht Verlangen
Himmel und Nacht überschwillt.

Und noch mächtiger durchhallte es die Straßen, als die kampfbegeisterte Menge den dritten Vers der russischen Revolutionsmarsches sang:

Brüder, in eins nun die Hände,
Brüder, das Sterben verlacht!
Ewig der Sklaverei ein Ende,
Heilig die letzte Schlacht!

Das sei auch der Geist des deutschen Proletariats zur Hindenburg-Hunger-Weihnacht 1925!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260105-17/fragment/page=0007

Das Schlußwort des Genossen Stalin
auf dem russischen Parteitag

Von äußerst stürmischen Ovationen empfangen, erklärte Stalin zunächst, er werde die Angriffe persönlicher Natur nicht beantworten, da der Parteitag genügendes Material besitze, um die Wahrheit festzustellen und die wahren Motive dieser Angriffe zu erkennen.

Die Aufzeichnung der zwei Hauptlinien des wirtschaftlichen Aufbaues galt der Klärung der Frage über die Möglichkeiten der Sicherung der selbständigen wirtschaftlichen Entwicklung des Sowjetlandes in kapitalistischer Umkreisung. Unsere Hauptlinie besteht in der Verwandlung des Sowjetlandes aus einem Agrarlande in ein Industrieland. Wenn wir auf jener Entwicklungsstufe stecken bleiben, wo wir Maschinen einführen müssen und sie selbst nicht produzieren, können wir gegen die Verwandlung unseres Landes in ein Anhängsel des kapitalistischen Systems nicht gesichert sein.

Deshalb müssen wir uns auf die Entwicklung der Produktion von Produktionsmitteln einstellen. Der Dawes-Plan will die deutschen Reparationszahlungen durch die deutsche Ausbeutung von Auslandsmärkten, namentlich der Sowjetmärkte, garantieren, d. h. in einem Zustand erhalten, wo wir Maschinen einführen, landwirtschaftliche Produkte ausführen und unsere Industrie ins Schlepptau Europas nehmen lassen werden. In diesem Sinne erkläre ich, daß der Dawes-Plan, soweit er die Sowjetunion betrifft, auf tönernen Füßen steht, daß wir keinem anderen Lande zuliebe ein Agrarland bleiben, vielmehr zu einem Industrieland werden wollen. Alle unsere Wirtschafter müssen sich diese Gedanken aneignen, denn darin besteht die einzige Garantie unserer wirtschaftlichen Selbständigkeit. Von dieser Linie abweichen, wie Sokolnikow, heißt auf den sozialistischen Aufbau verzichten.

Die zweite Entgegnung gilt der Behauptung Kamenews, die Beschlüsse der 14. Parteikonferenz in der Präzisierung der Gesetzgebung über die Bodenverpachtung und die landwirtschaftliche Lohnarbeit seien Zugeständnisse nicht an die Bauernschaft, sondern an die Kulaki, an die kapitalistischen Elemente. Stalin fragt die Opposition, warum sie für diese Beschlüsse stimmte, wenn sie sie für eine neue Erweiterung der NEP. hält. Wir alle sind gegen die Erweiterung der NEP., aber Kamenew vergißt, daß die NEP. Freihandel, Kapitalismus und Lohnarbeit einschließt und daß die Beschlüsse der 14. Parteikonferenz ein Ausdruck dieser, zur Zeit Lenins eingeführten, neuen Wirtschaftspolitik sind.

Stalin weist auf die tiefste Irrtümlichkeit der Formulierung Krupskajas hin, die NEP. sei Kapitalismus, der vom proletarischen Staate zugelassen werde und gibt folgende Formulierung der NEP: **„Die NEP. ist die besondere Politik des proletarischen Staates, die eingestellt ist auf die Zulassung des Kapitalismus bei Behaltung der wirtschaftlichen Kommandohöhen, wie Großindustrie, Verkehrswesen, Außenhandelsmonopol usw. in den Händen des proletarischen Staates, auf den Kampf zwischen den kapitalistischen und sozialistischen Elementen, auf die steigende Rolle der sozialistischen Elemente auf Kosten der kapitalistischen, auf den Sieg der sozialistischen Elemente über die kapitalistischen, auf die Abschaffung der Klassen, auf die Schaffung des Fundaments der sozialistischen Oekonomie."**

Kamenew und Sinowjew behandeln die Frage des Staatskapitalismus scholastisch, nicht dialektisch, ohne Verbindung mit den gegebenen historischen Verhältnissen. Stalin erinnert daran, daß Lenin im Jahre 1921, angesichts des nie dagewesenen Tiefstandes der Industrie und des schärfsten Warenmangels bei der Bauernschaft, in der damaligen Situation den besten Ausweg in der Heranziehung des Auslandskapitals zum Industrieaufbau, also in der Einführung des Staatskapitalismus und in der Stärkung des Bündnisses zwischen Arbeiterschaft und Bauernschaft mit seiner Hilfe sah. Andere Möglichkeiten bestanden bei dem damaligen Wirtschaftsverfall nicht. Heute ist eine andere Situation, wo sich die Sowjetindustrie dem Vorkriegszustand nähert, wo das Verkehrswesen wieder aufgebaut ist und die Sowjetindustrie mit den eigenen Kräften die Verbindung mit der Bauernschaft herstellt, wo die sozialistischen Wirtschaftsformen über die staatskapitalistischen herrschen, wo die letzteren, d. h. die Konzessionsbetriebe und die verpachteten Betriebe **bei siebenmillionenköpfiger Gesamtzahl des Proletariats insgesamt nur 58 000 Arbeiter haben.**

Den Staatskapitalismus heute als vorherrschende Wirtschaftsform hinzustellen, heißt die sozialistische Natur unserer Staatsindustrie entstellen, den Unterschied zwischen der damaligen und der heutigen Situation verkennen und die Frage des Staatskapitalismus nicht dialektisch, sondern scholastisch-metaphysisch behandeln.

Stalin weist darauf hin, daß die Opposition nicht nur keine einheitliche Plattform, sondern die widersprechendsten, einander ausschließende Standpunkte behauptet und nur in einem Punkt solidarisch ist, nämlich in der Reform des Sekretariats des ZK. Trotz aller Lächerlichkeit eines solchen Programms ist dies eine unbestreitbare Tatsache. Nach dem 12. Parteitag im Jahre 1923 hat eine Gruppe von Genossen eine Plattform zur Abschaffung des Politbureaus und zur Verwandlung des Sekretariats in ein politisches und organisatorisches führendes Organ, bestehend aus Sinowjew, Trotzki und Stalin, ausgearbeitet. Diese Plattform bedeutete, man solle die Partei ohne Rykow, Kalinin, Tomski, Molotow und Bucharin führen. Aus dieser Plattform ist damals, nicht nur wegen ihrer Prinzipienlosigkeit, sondern auch wegen der Unmöglichkeit, die Partei ohne diese Genossen zu führen, nichts geworden. Auf die diesbezügliche Anfrage, sagte Stalin, antwortete ich mit einem entschiedenen Nein und erklärte, daß, wenn die Genossen es wollen, ich bereit bin, meinen Platz ohne Lärm, ohne offene oder verkappte Diskussion, ohne Aufstellung von Forderungen, Garantien und Rechten für die Minderheit, zu räumen. (Heiterkeit.)

Wir sind, sagt Stalin, gegen die Absägungspolitik, sie widert uns an. Die Partei kann nur **kollegial** geführt werden. Es wäre Unsinn, von einer anderen Art der Parteiführung nach Lenins Tode zu träumen. (Stürmischer Beifall.)

Wenn einer von uns sich verrennen sollte, wird man ihn zur Ordnung rufen. Was die Leningrader Arbeiter betrifft, werden sie zweifellos nach wie vor in erster Reihe der Partei stehen. Gemeinsam mit ihnen haben wir die Partei aufgebaut, die Revolutionsbanner im Oktober 1917 entrollt, die Bourgeoisie besiegt, — gemeinsam mit ihnen werden wir die Schwierigkeiten bekämpfen, und ich bin fest überzeugt, daß die Leningrader Arbeiter und Kommunisten nicht hinter den Parteibrüdern in den **anderen Industriezentren im Kampf um die stählerne Leninsche Parteieinheit zurückbleiben werden.** (Stürmischer, anhaltender Beifall, Absingen der „Internationale".)

*

Die KPR. hat ihren Namen gewechselt. Sie heißt von nun an nicht mehr Russische Kommunistische Partei, sondern Kommunistische Partei der Union.

Die Chemnitzer „Volksstimme" zur Politik der KPR.
„Es geht auch ohne Kapitalisten"

Gegenüber den phantasiereichen Kombinationen der SPD.-Presse über den russischen Parteitag sticht wohltuend der Bericht der **Chemnitzer „Volksstimme"**, die an Hand von russischen Zitaten den **Aufschwung der russischen Industrie und Landwirtschaft, die ständige Besserung der Lage der Arbeiterschaft, den Charakter der NEP. als Durchgangsstadium zum Sozialismus nachweist.** Die Chemnitzer „Volksstimme" schreibt nach der Aufzählung der russischen Erfolge an der Wirtschaftsfront:

„Das sind Erfolge, die sich sehen lassen können und die auch nicht dadurch vermindert werden, daß **gegenwärtig** eine **Krise** die russische Wirtschaft erschüttert, die ihre Ursache in dem sich mehr und mehr organisierenden Widerstand **des Großbauerntums** hat."

Daraufhin kennzeichnet die „Volksstimme" die Politik des Zentralkomitees der KPR. als das **Bestreben, die Mittelbauern zu Bundesgenossen des Dorfproletariats und der industriellen Arbeiterschaft zu machen.**

Erstaunlicherweise schließt die „Volksstimme" mit den Worten:

„Wir können mit dieser Entwicklung nur zufrieden sein und wünschen nichts sehnlicher, als das Gelingen und das Sich-durchsetzen dieser Politik. Das Proletariat der ganzen Welt hat das lebhafteste Interesse, daß die Aufbauarbeit in Rußland nicht gestört wird. **Rußland soll beweisen, daß es ohne Kapitalisten geht.** Die bisherigen Ergebnisse der neuen Politik zeigen, daß es diesen Beweis erbringen kann."

Es gibt kein schärferes Verdammungsurteil über die bisherige sozialdemokratische Lügenhetze gegen Sowjet-Rußland und über die bisherige Politik der deutschen Sozialdemokratie. Die Russische Kommunistische Partei beweist, daß es **ohne Kapitalisten** geht. Die deutsche sozialdemokratische Koalitionspolitik war sieben Jahre lang von dem Glauben durchdrungen, daß es **ohne Kapitalisten nicht geht.** Die KPR. verbündete sich mit den Klein- und Mittelbauern **zum bewaffneten Sturz der Bourgeoisie. Die SPD.** hat auf parlamentarisch-demokratischem Wege im Bündnis mit den Industriellen gegen die Bauern und Junker **der Reaktion wieder zur Macht verholfen.** Aber ein sozialdemokratisches Blatt bringt es nicht fertig, bis ans Ende konsequent zu sein und die Fehler der eigenen Partei restlos einzugestehen. Darum schreibt die „Volksstimme" am Schluß:

„Die Politik der russischen Kommunisten und der Ausgang des 14. russischen Parteitages bedeuten somit — daran kann keine kommunistische Deutelei etwas ändern — **eine Rechtfertigung der Sozialdemokratie."**

Ein Saltomortale der „Volksstimme", das nicht die SPD. rechtfertigt, sondern unser Mißtrauen in die linken Führer, die im Nachsatz das abstreiten, was sie im Vorsatz zugegeben haben.

So billig kaufen Sie **nie** wieder!

Benutzen Sie diese außerordentliche Kaufgelegenheit in unserem großen Saison-

Räumungs-Ausverkauf

Unsere Auslagen überzeugen Sie davon

J. LEWIN

Halle a. d. Saale
Marktplatz 2 u. 3

17 **Voranzeige!**
Arb. Radfahrer-Bund „Solidarität" Ortsgruppe Wittenberg
Wir machen unsere Mitglieder auf unseren am **9. Januar** in **„Freudenbergs Ballhaus"** stattfindenden
Vereins-Maskenball
aufmerksam **Das Komitee**

Am Montag, dem 4. Jan. beginnt mein 19
Inventur-Ausverkauf
und habe ich in sämtlichen Artikeln meine Preise ganz bedeutend zurückgesetzt
Richard Kläbe Nachf.
Weißenfels, Leipziger Str. 11

gelangt auch in diesem Jahre wieder in bekannter Güte zum Ausstoß
Freyberg-Brauerei
gegr. 1816

Trauerbriefe und -Karten
liefert sofort die Druckerei der Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle (Saale), Lerchenfeldstraße 14
Fernruf: 1045, 1047, 2251

Schlafzimmer
Küchen u. einzelne Möbel
Reelle Preise! Zahlungserleichterungen
Kreßner & Hoffmann
Bau- u. Möbeltischlerei, Sarglag.
Weißenfels
Fischgasse 12 Fischgasse 12

Naumburg
Gasthof „Goldener Hahn"
Allen werten Gästen, Freunden und Bekannten die herzlichsten **Glückwünsche zum Jahreswechsel**
21 **Der Wirt und die Wirtin**

Arbeiter-Sängerchor Halle
Durch Unglücksfall verschied gestern morgen unser lieber Sangesbruder
Bruno Arnold
Er war ein eifriger Förderer der Arbeiter-Sänger-Bewegung. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten
Der Vorstand
Die Sangesbrüder sind verpflichtet, am Begräbnis teilzunehmen 3[illegible]

Zeitungsträgerin
gesucht für **Biehla.** Meldung bei **M. Lehmann,** Breitestraße 4

Gewissenhafte
Zeitungsträgerin
für **Seeben** sofort gesucht. Meldungen schriftlich oder persönlich in den Vormittagsstunden
Verlag Klassenkampf

Die Volksbuchhandlung Wittenberg
Jüdenstraße 10
empfiehlt politische und schöngeistige
Literatur
Sämtliche
Schul- und Schreibwaren
Außerdem 64
werden sämtliche Aufträge an
Drucksachen und Inserate
entgegengenommen

Alle Bücher
empfehlen die
Buchhandlungen
Harz 42/44
[illegible]str. 14

Vielen Dank allen denen, welche bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, die letzte Ehre erwiesen haben. Vielen Dank für die ihm zuteil gewordenen Kranz- u. Geldspenden.
Wolfen, den 4. Januar 1926
41 **Die Hinterbliebenen**
Frau Beruth nebst Kindern

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260105-17/fragment/page=0008